:antifaschistische nachrichten Nr. 8

g 3336 19.4.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Wen wählen?

Diese Frage stellen viele. Als antifaschistische Organisation haben wir jedoch noch nie für eine Partei votiert und werden es auch diesmal nicht tun. Unser Landesverband Nordrhein-Westfalen hat einen offenen Brief mit antifaschistischen Wahlprüfsteinen an die kandidierenden Parteien gerichtet (S*iehe nebenstehend*). Falls Antworten auf unsere Fragen kommen, werden wir schnellstmöglich veröffentlichen.

Verblüffend sind die Eiertänze der „Volksparteien“ um die Frage eines Verbots der NPD. Das beginnt mit dem Abzug der vom Verfassungsschutz bezahlten NPD-Funktionäre (auch V-Leute genannt), und endet schließlich mit der Feststellung, der NPD müsse eine erklärte Absicht der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik nachgewiesen werden.

Die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Kriegshetze, Revanchismus reichen für ein Verbot nicht aus?

Die Gegner des NPD-Verbots argumentieren mit einem Verbot sei das Problem Neofaschismus nicht vom Tisch. Das wissen wir auch. Die Möglichkeiten, neofaschistisches Gedankengut unter die Leute zu bringen und dieses medial zu verbreiten und das auch noch aus Steuermitteln finanziert zu bekommen, wären jedoch weitgehend eingeschränkt.

Es entsteht der Eindruck, dass es denjenigen, denen die Verbreitung neofaschistischen Gedankengutes für ein Verbot nicht ausreicht, mit dem Kampf gegen rechts nicht so ganz ernst ist.

Der Verdacht liegt nahe, dass hier bei den „Volksparteien“ die Sorge im Hintergrund steht, dass manche ihrer führenden Köpfe und Mitglieder selbst ins Schussfeld geraten könnten. Bekanntlich sind militaristische, nationalistische, rassistische, ausländerfeindliche Klischees längst in der Mitte unserer Gesellschaft, auch in den „Volksparteien“, angekommen.

Jürgen Schuh
Kreissprecher VVN-BdA Düsseldorf
aus Kreisinfo VVN-BdA Düsseldorf
April 2012

VVN-BdA NRW Wahlprüfsteine

An die zur Landtagswahl NRW am 13. Mai 2012 kandidierenden Parteien

In der Satzung der VVN-BdA heißt es unter „Ziele und Aufgaben der Vereinigung“: „Die VVN-BDA bekämpft Ursachen und Erscheinungsformen des Faschismus, Militarismus, Antisemitismus, Rassismus, Revanchismus und der Ausländerfeindlichkeit“.

Davon ausgehend wendet sich die VVN-BdA, Landesvereinigung NRW-Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschist_innen – als älteste, größte und politisch aktive Organisation antifaschistischer Widerstandskämpfer_innen in Deutschland im Vorfeld der Landtagswahl NRW 2012 mit folgenden Fragen an die kanidierenden Parteien:

1) Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem Verbot der neofaschistischen NPD? Falls nein, warum nicht? Bitte ausführen.

2) Tritt Ihre Partei für die sofortige Abschaltung aller V-Leute (Vertrauensleute) des Verfassungsschutzes in den Führungsebenen der NPD ein?
Falls nein, warum nicht? Bitte ausführen.

3) Ist Ihre Partei für die sofortige Auflösung aller Nachfolge- und Tarnorganisationen der NSDAP auf der Grundlage des Artikel 139 Grundgesetz?
Falls nein, warum nicht? Bitte ausführen.

4) Ist Ihre Partei der Auffassung, dass Artikel 5/Absatz 1 des Grundgesetzes das Recht auf Verbreitung neofaschistischer Propaganda einschließt?
Wenn ja, bitte begründen.

5) Hält Ihre Partei den Spruch des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 8. Dezember 2010 für richtig, dass ein Publikationsverbot für die „Verbreitung rechtsextremistischen oder nationalsozialistischen Gedankenguts“ das Grundrecht auf Meinungsfreiheit Artikel 5/Absatz 1 des Grundgesetzes verletzt?
Wenn ja, bitte begründen.

6) Ist Ihre Partei der Auffassung, dass es mit Artikel 8/Absatz 1 des Grundgesetzes vereinbar ist, dass Justiz- und Polizeiorgane gewaltsam neofaschistische Aufmärsche gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen?
Falls ja, bitte begründen.

7) Teilt Ihre Partei die in einer Broschüre des NRW-Innenministeriums/Verfassungsschutz verbreitete Auffassung, dass die Losung „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“ eine Aufforderung zum Gesetzesbruch darstellt, weil mit dieser Losung „Linksextremisten“ ihrem politischen Gegner demokratische Rechte absprechen würden?
Falls ja, bitte begründen.

8) Ist Ihre Partei der Meinung, dass die Forderung nach Vergesellschaftung von Großunternehmen (Art. 27 der Verfassung von NRW), die ihre Macht missbrauchen, einen Angriff auf die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik darstellt?
Wenn ja, warum?

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt:

67. jahrestag der Selbstbefreiung des KZ-Buchenwald 6
Der Front National im früheren Bergbaurevier 11

Berichte aus der Schweiz

SCHWEIZ/ZÜRICH. GRA, die „Schweizer Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus“, hat ihren mittlerweile 20. Bericht über „Rassismus in der Schweiz“ veröffentlicht. Die Chronologie rassistischer Vorfälle wird mit einer aktuellen Einschätzung der Schweizer Gruppierungen der extremen Rechten abgerundet. Gemeinsam mit dem „Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund“ legt GRA zudem den „Antisemitismusbericht“ für die deutschsprachige Schweiz für das Jahr 2011 vor. Hier findet sich ein interessanter Beitrag von Juliane Wetzel (TU Berlin) über „Antisemitismus und antisemitische Verschwörungstheorien im Internet“.

Die Texte findet man unter www.gra.ch und www.swissjews.ch. *hma* ■

„Pro NRW“-Plakate abgehängt

DÜSSELDORF. Das Ordnungsamt der Stadt Düsseldorf hat am 7. April zahlreiche Wahlplakate der sog. „Bürgerbewegung pro NRW“ abhängen lassen. Die vor allem im Düsseldorfer Süden aufgehängten Plakate sind nach Einschätzung des Ordnungsamtes vor dem erlaubten Start der Plakatwerbung für die Landtagswahl am 13. Mai aufgehängt worden. Außerdem seien diese deutlich über der erlaubten Höhe von 2,50 Metern befestigt worden.

Bürger hatten das Ordnungsamt über die unzulässige Plakatierung informiert. *hma* ■

NPD-Jagd auf „Illegale“

BOCHUM. Der NPD-Landesverband NRW will auf seiner Internetseite ein Meldeformular einrichten, mit dem „anonym Illegale und kriminelle Ausländer“ gemeldet werden können. Dabei orientiert man sich am rassistischen „Vlaams Belang“ in Belgien, der diesen „Service“ seit einigen Wochen anbietet. „Glaubwürdig vorkommende Erkenntnisse“, so NPD-Landes-vorsitzender Claus Cremer, werde man dann „an die Behörden weiterleiten.“ Ob man für „jede erfolgreiche Meldung eine Art „Kopfgeld“ zahlen dürfe“, werde gerade rechtlich geprüft. *hma* ■

„Reichsbewegung“ abgeschaltet

Die „Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“ hat die Abschaltung ihrer Internetseite bekanntgegeben. Schon Mitte März hatte der „außerhalb Europas“ angesiedelte Serverbetreiber die Internetseite der „Reichsbewegung“ vom Netz genommen. Am 27. März wurde die Seite noch einmal freigeschaltet, verbunden mit der Forderung des Serverbetreibers, sämtliche Dateien, die rassistische, antisemitische, ausländerfeindliche und den Holocaust leugnende Inhalte aufweisen, zu löschen. In diesem Fall hätte die ominöse „Reichsbewegung“ allerdings „ca.85%“ ihrer Texte löschen müssen. Damit sei die Internetpräsenz nach zweieinhalb Jahren nun Geschichte. Die sich von allen Seiten verfolgt sehenden Akteure der Internetseite wollen nun erst einmal abtauchen und neue Kräfte für den „Endkampf“ sammeln, heißt es in einer Erklärung vom 29. März. In einigen Monaten wolle man eine neue Internetseite unter anderem Namen präsentieren. *hma* ■

Hindenburgplatz soll weg

MÜNSTER. Der Rat der Stadt Münster hat am 21. März mit 53 zu 23 Stimmen beschlossen, den Hindenburgplatz in Schlossplatz umzubenennen. Eine Expertenkommission hatte zuvor Hindenburg als eine aktive Stütze des Nationalsozialismus eingestuft. Eine Initiative für den Hindenburgplatz um den Rechtsanwalt Stefan Leschniok will nun ein Bürgerbegehren gegen die beschlossene Umbenennung durchführen. Hindenburg sei „kein Verbrecher“ gewesen, „kein Mensch, der keine Ehrung verdient“, so Leschniok, der 2008 zum Vorsitzenden der örtlichen „Landsmannschaft Ostpreußen“ gewählt wurde. 12 000 Unterschriften will diese nun sammeln. Weigere sich der Stadtrat dann die Umbenennung rückgängig zu machen stehe ein Bürgerentscheid an. *hma* ■

„pro NRW“ startet Ende April rassistische Wahlkampftour gegen Moscheen und Islam

Auf der Internetseite von pro NRW und pro Köln werden Proteste gegen Moscheen in ganz NRW angekündigt. Insgesamt 40 Moscheen in 25 Städten werden Ziele der sogenannten „Freiheit statt Islam“-Tour – oder auch „Tour für die Freiheit“. Pathetisch und rechtspopulistisch will man den Wahlkampf in NRW nutzen, um Aufmerksamkeit für die rechtsextreme Ideologie zu erhalten. Natürlich geht es den Rechtsextremisten auch nicht zuletzt darum, Stimmen und Mitglieder zu werben. Wie man nun leider weiß, wächst Islamfeindlichkeit in der gesamten europäischen Bevölkerung. Das wollen pro NRW und pro Köln nutzen, indem sie islamfeindliche Propaganda verbreiten. Vor „protzigen Großmoscheen“ und „umstrittenen Islamistenzentren“ wollen sie Flagge zeigen für Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau und „unsere deutsche und christlich-abendländische Leitkultur“. In ihrer Propaganda unterstellen pro NRW und pro Köln islamischen Gemeinden, in Moscheen zu radikalisieren und erklären sie für Ehrenmord, Islamisierung, Scharia, und islamistischen Terrorismus verantwortlich. So schüren pro NRW und pro Köln Ängste, machen aus allen Muslimen radikale Islamisten und erklären jede Moschee zur Großmoschee.

Dieses Vorgehen hat System, wie die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) in ihrer neuen Broschüre „Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte“ belegt. Anhand verschiedener Beispiele von Moscheebauten in NRW versucht die ibs nicht nur den Verlauf der Konfliktlinien aufzuzeigen, sondern berücksichtigt auch solche Konsenslösungen, die bis hierher schon erreicht worden sind.

Besonders hervorgehoben wird der Moscheebau in Köln Ehrenfeld. In der Broschüre kommen viele verschiedene Personen zu Wort, z. B. Fritz Schramma. Die Broschüre kostet drei Euro und kann unter www.mbr-koeln.de bestellt werden

Ob pro NRW und pro Köln mit ihrer Tour Erfolg haben, wird die kommende Wahl zeigen. Gegen die Kölner Moschee werden sie wohl am 5. Mai demonstrieren, obwohl sie auf der Internetseite noch den 8. Mai angegeben haben. *M.K.* ■

Fortsetzung von Seite 2

9) Tritt Ihre Partei auf der Grundlage von Artikel 26/Absatz 1 des Grundgesetzes dafür ein, die Auslandseinsätze der Bundeswehr als grundgesetzwidrig zu beenden?
Falls nein, bitte begründen.

10) Wird sich Ihre Partei auf Grundlage von Artikel 26/Absatz 2 und gestützt auf das Kriegswaffenkontrollgesetz für eine Beendigung des Waffenexports deutscher Rüstungskonzerne (insbesondere in Spannungsgebiete) einsetzen?
Falls nein, bitte begründen.

11) Ist Ihre Partei der Auffassung, dass die Rekrutierung von Frauen in die Bundeswehr dem Artikel 12/Absatz 3 des Grundgesetzes entspricht?
Wenn ja, bitte begründen.

Soweit einige unserer Fragen. Ihrer Antwort sehen wir gerne entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
VVN-BdA Landesvereinigung NRW
Ulrike Düwel / Falk Mikosch / Jochen Vogler (Landessprecher_innen)
i.A. Jürgen Schuh, (Geschäftsführer)

Stolberg 2012: Blockaden verzögern Naziaufmarsch erheblich

Fotos: Karin Richert, 7.4.2012 in Stolberg

Am 7. April wollten Neonazis bereits das fünfte Jahr in Folge ihren rassistischen sog. Trauermarsch in Stolberg abhalten. Doch offensichtlich macht es sich mehr als deutlich bemerkbar, dass derzeit einige Führungskader der rechten Szene (u.a. Axel Reitz und Paul Breuer) in Haft sind und die Szene dadurch geschwächt ist.

Bereits am Mittwoch hatten sich die NeofaschistInnen bei ihrem geplanten Fackelmarsch blamiert: Gerade einmal 45 Rechte hatten den Weg nach Stolberg gefunden und hielten, fernab jeglicher Öffentlichkeit und unter starkem Protest von antifaschistischen GegendemonstrantInnen, ihre Propaganda-Veranstaltung ab.

Und auch am Samstag wurde es nicht wirklich besser für die braunen KameradInnen. Zwar lag die Teilnehmerzahl am rechten Aufmarsch mit 200 höher als am Mittwoch, dennoch waren es deutlich weniger Neonazis als in den Vorjahren und auch weniger, als von den VeranstalterInnen angekündigt – was neben den derzeitigen Problemen der regionalen Szene sicherlich auch daran liegt, dass sich die Menschen in und um Stolberg mittlerweile nicht mehr gefallen lassen wollen, dass die Stadt zum Aufmarschort von RassistInnen, AntisemitInnen und Ewiggestrigen werden soll. Auch 2012 hatte ein breites Bündnis unter dem Motto „Gemeinsam den Naziaufmarsch blockieren“ dazu aufgerufen, sich den NeofaschistInnen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams in den Weg zu stellen (respektive zu setzen) und damit den Naziaufmarsch zu verhindern.

Dieses Unterfangen sollte, wie auch schon in Köln-Kalk oder Münster (die Liste ließe sich quasi endlos fortsetzen), durch ein enormes Polizeiaufgebot unterbunden werden. Wie so oft, wenn Nazis marschieren, glich die Stadt einer Festung. Tausende von PolizistInnen aus dem ganzen Bundesland waren mit ihrem kompletten Fuhrpark angereist, um den Rechten ihren Aufmarsch zu ermöglichen. Zahlreiche DemonstrantInnen wurden bereits am Stolberger Hauptbahnhof von der Polizei abgefangen und sollten in Busse gesetzt werden, um damit zur Kundgebung des Bündnisses gefahren zu werden. Stattdessen wurde jedoch von den AntifaschistInnen am Bahnhof eine Spontandemonstration angemeldet.

Trotz der hohen Polizeipräsenz gelang es einer Gruppe von etwa 100 entschlossenen AntifaschistInnen, die Bahngleise zwischen Stolberg HBf und dem Stolberger Bahnhof „Schneidmühle“ (geplanter Startpunkt der Naziroute) zu blockieren und damit zu verhindern, dass die Neonazis mit der Bahn anreisen konnten. Stattdessen mussten die NeofaschistInnen schließlich zu Fuß den Weg zu ihrer Kundgebung antreten - was angesichts der nahezu winterlichen Temperaturen (inklusive Hagel) nicht gerade für Hochstimmung bei den Rechten gesorgt haben dürfte. Die rechte Kundgebung konnte nur mit deutlicher Verspätung beginnen.

Die AntifaschistInnen an den Gleisen wurden derweil von der Polizei festgehalten und schließlich alle in Gewahrsam genommen – entgegen einer ursprünglichen Ankündigung eines Beamten vor Ort, die Menschen müssten sich lediglich einer Personalienkontrolle unterziehen und könnten dann den Ort verlassen. So wurden die etwa 100 AntifaschistInnen mit Gefangenentransportern zum Polizeipräsidium in Aachen gefahren, wo sie dann mehrere Stunden entweder in der GeSa oder wartend in den Transportern verbringen mussten. Erst gegen Abend, als die Neonazis schon auf dem Weg nach Hause waren, wurden sie wieder freigelassen. Es steht möglicherweise zu befürchten, dass diese Menschen im Nachhinein mit juristischen Verfahren überzogen werden. Sollte es dazu kommen, ist Solidarität gefragt, denn auch im Hinblick auf die nächsten Naziaufmärsche (z.B. in Bonn am 1. Mai oder in Dortmund am 1. September), gilt es unmissverständlich klar zu machen, dass antifaschistischer Protest nicht kriminalisiert werden darf. *jk* ■

Gegen Rassismus

Zu Beginn der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ veröffentlichten 37 Unterzeichner aus Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbänden einen Aufruf, mit dem sie darauf hinweisen, dass der Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft Zuspruch findet. Die Diskriminierung von Flüchtlingen, Muslimen, Roma und Schwarzen bei der Wohnungs-und Arbeitssuche sowie Ressentiments gegenüber Juden wurden angeprangert. Bundesweit gab es über 1000 Veranstaltungen. Der Bundesbeirat für Integration unterbreitete in einem 10-Punkte-Plan Vorschläge zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus, die nun der Bundesregierung vorgelegt wurden.

ag-rex ■

Naziaufmarsch behindert

Dessau: Mit kreativen Protesten behinderten Hunderte Bürger einen Aufmarsch von Neonazis, organisierten spontane Sitzblockaden und Ansammlungen vor der Kirche und auf Kreuzungen, erzwangen immer wieder längere Pausen und Veränderungen der geplanten Route. Stadt-und Landespolitiker erinnerten in ihrem Protest gegen die Neonazis vor allem an die Tatsache, dass die Faschisten in der Stadt das Giftgas Zyklon B produzierten. *ag-rex* ■

Kameradschaftsmarsch blockiert

Frankfurt/Oder: Rund 800 Menschen blockierten am 24.3. einen Aufmarsch neonazistischer Kameradschaften und mit dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt. Die angereisten 180 Rechtsextremen konnten sich nur über Neben- und Schleichwege in der Stadt bewegen, auch über die Oderbrücke nach Polen, wo sie provozieren wollten, gelangten sie nicht. An den Protesten beteiligten sich auch brandenburgische Landesminister.

Razzien wg. Waffenbesitz

Bayern: Am 28.2. stürmten 1500 Polizisten auf der Suche nach illegalem Waffenbesitz in verschiedenen Teilen Bayerns 58 Wohnungen, Bauernhöfe, Büros und Betriebe. Unter den Besitzern der zahlreich vorgefundenen Waffen befanden sich auch Neonazis, bei denen außerdem Propagandamaterial, SS-Abzeichen und Ähnliches beschlagnahmt wurde. Eine weitere derartige Aktion fand in der Nähe von Trier statt. *ag-rex* ■

Protest nach Naziüberfall

Delitzsch: Nach einem brutalen Übergriff einer Neonazitruppe auf Besucher eines Ska-Konzertes am 18.3., von denen einer schwer verletzt wurde, versammelten sich am 25.3. zahlreiche Antifaschisten, um gegen den Naziterror im Leipziger Umland zu protestieren.

„Am besten erforscht“

Bundestag: In ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag zum Thema „Umgang mit der NS-Vergangenheit“ (BT-Drucksache 17/8134), die immerhin 85 Seiten umfasst, stellt die Bundesregierung fest, dass die faschistische Gewaltherrschaft generell die am besten erforschte Periode des 20 Jahrhunderts sei. Als Beleg dazu führt sie an, dass in der „Bibliographie zum Nationalsozialismus“ von Michael Ruck in letzter Auflage 37000 Titel verzeichnet sind. Für die Jahre 2000 bis 2010 werden im Jahresbericht der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften knapp 26000 deutsche Titel zum Thema ausgewiesen. Der Abgeordnete Ian Korte, der zu den Fragestellern gehörte, vermerkt dazu, dass damit auch erstmals ein Überblick über Umfang und Intensität der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im Staatsapparat der frühen Bundesrepublik vorliegt, jedoch auch „Nacharbeit“ nötig ist, z.B. im Hinblick auf den Kreis der „Unverzichtbaren“ beim Ausbau der BRD als „Bollwerk gegen den Osten“. Über die Weiter- oder Wiederverwendeten in Justiz, Geheimdiensten, Polizei, Wehrmacht und Auswärtigem Amt z. B. sind noch weitere Untersuchungen notwendig. *ag-rex* ■

Nazi„Trauer“-Marsch Debakel

Lübeck/Brandenburg/Dortmund: gegen die Aufmärsche von Neonazis in verschiedenen Orten am 31.3. setzten sich überall engagierte Bürger erfolgreich zur Wehr. In Lübeck wurde der angekündigte „Trauermarsch“ am Jahrestag des Luftangriffs alliierter Bomber 1945 zum Debakel. 120 Neonazis mussten 3000 Gegendemonstranten weichen. In Brandenburg protestierten rund 650 Menschen mit einem „Tag der Demokratie“ gegen die etwa 150 Neonazis, die es nicht schafften, in die Innenstadt vorzudringen. Auch in Dortmund, Nürnberg und Hof fanden Demonstrationen gegen Rassismus und rechte Gewalt statt. *ag-rex* ■

„Selbst zerlegte“ NPD?

Seit Monaten häufen sich die Meldungen über die inneren Auseinandersetzungen in der Partei, wie sich die NPD „selbst zerlegt“, wie große Teile entgegen dem „Weichspülkurs“ des Vorsitzenden Apfel weiter nach rechts rücken, weil man nicht radikal genug gegen das demokratische Staatswesen antritt. Zulauf an Mitgliedern und Aktionspotential haben dagegen „Freie Kräfte“ und Kameradschaften. Gerade in Sachsen, wo Apfel selbst starken Einfluss auf den Kurs des Landesverbandes ausübt, wächst Unzufriedenheit und Widerstand gegen die „Altherrenriege“, hagelt es Rücktritte und Austritte von Annaberg über Chemnitz bis Leipzig. Dennoch bleibt die NPD das gefährliche und geistig inspirierende Zentrum des Rechtsextremismus, was die Diskussion über ein Verbot vorantreibt.

Verbotsantrag

Nach den fünf Monaten intensivierter Debatte über ein solches Verbot nach der Aufdeckung der Zwickauer Terrorzelle im November 2011 ist mit dem Beschluss der Innenminister von Bund und Ländern am 22.3.2012 eine erste Weichenstellung erfolgt. Nun soll zur Vorbereitung eines neuen Verbotsantrages bis zum November 2012 eine intensive Materialsammlung erfolgen und im Dezember über einen solchen Antrag entschieden werden. Die Schar der Bedenkenträger reicht dabei bis zum Generalbundesanwalt. Gleichzeitig hat die Abschaltung der V-Leute des VS in den Chefetagen der NPD begonnen, womit sich manche Politiker aus CDU und SPD zu profilieren suchen.

NPD: 1,2 Prozent

Bei den Landtagswahlen im Saarland am 25. März 2012 blieb die NPD mit 1,2 Prozent der Stimmen deutlich hinter ihren eigenen Erwartungen zurück. 2009 hatte sie noch bei 1,5% gelegen.

ag-rex ■

Aufruf gegen den geplanten Aufmarsch von Neonazis am 1. Mai 2012:

Für ein buntes, solidarisches und friedliches Bonn! – Neonazis blockieren!

Neonazis aus den Reihen der sogenannten. „Autonomen Nationalisten“ wollen am 1. Mai durch Bonn marschieren. Es handelt sich um die gleichen Kreise, die immer wieder in den vergangenen Jahren in Dortmund, Dresden, Stollberg und anderen Städten aufmarschiert sind und zum Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) gehören. Sie sind bekannt durch Angriffe auf Gewerkschaftskundgebungen und gewalttätige Übergriffe gegen Andersdenkende und alle, die nicht in ihr Bild passen. Solche faschistischen Verbrecherinnen und Verbrecher dürfen nicht durch unsere Straßen marschieren!

Gegen den Neonazi-Aufmarsch werden wir Protest und Widerstand organisieren und diese Demonstration des Hasses verhindern. Wir wenden uns gegen jede Form von Neonazimus, Antisemitismus, Antiislamismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Falls der Aufmarsch nicht verboten wird, sehen wir uns als Demokratinnen und Demokraten in der Pflicht, uns den Neonazis in den Weg zu stellen und ihre Demonstration mit großen Versammlungen und Blockaden zu verhindern. Unser Widerstand wird kreativ, stark und eindeutig sein. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Wir werden friedlich für Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt eintreten. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich daran zu beteiligen.

Gegen den Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai wird es in Bonn mindestens drei solidarisch miteinander verbundene Veranstaltungen und Aktionen geben:

» 1. Mai-Demonstration des DGB und die Mai-Kundgebung auf dem Bonner Marktplatz

» Internationalistisches 1. Mai-Fest an der Marienschule in der Bonner Altstadt

» Versammlungen und Blockaden auf dem Aufmarschweg der Neonazis

Wir rufen alle Bonner Bürgerinnen und Bürger auf, durch Aushang von Plakaten, Transparenten und viele weitere eigene fantasievolle Aktivitäten Flagge zu zeigen und gemeinsam deutlich zu machen, dass Neonazis in Bonn auf Protest und Widerstand stoßen.

Für ein buntes, solidarisches und friedliches Bonn!

Rückmeldungen zur Unterzeichnung dieses Aufrufes durch Initiativen und Organisationen bitte an die Kontaktadresse. Online-Unterzeichnung auch für Einzelpersonen unter:
http://www.friedenskooperative.de/cgi-bin/bonnquer.pl

www.bonn-stellt-sich-quer.de

Ausschreibung des Auschwitz-Komitees

Zum dritten Mal schreibt die Stiftung Auschwitz-Komitee den Hans-Frankenthal-Preis aus!

Die Stiftung Auschwitz-Komitee hat sich die Aufgabe gestellt, die Stimme derjenigen, welche die nationalsozialistischen Verbrechen noch selbst erlebt und überlebt haben, ihre Mahnung und ihr Vermächtnis auch für die nachfolgenden Generationen weiterhin hörbar und sichtbar zu machen.

Um die Ziele des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V. zu unterstützen, wird von der Stiftung Auschwitz-Komitee jährlich der Hans-Frankenthal-Preis ausgeschrieben, benannt nach Hans Frankenthal (1926-1999), dem langjährigen Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN-BdA, zugleich Mitglied des Zentralrats der Juden und der jüdischen Gemeinde Hagen. Er wurde als Jugendlicher mit seinem Bruder nach Auschwitz verschleppt, überlebte die Zwangsarbeit in Auschwitz-Monowitz, im KZ Mittelbau Dora und im KZ Theresienstadt. Die Brüder, die einzigen Überlebenden der Familie, kehrten in ihren Geburtsort Schmallenberg im Sauerland zurück, wie sie es ihrem Vater während der Deportation versprochen hatten.

Dank einer großzügigen Spende beträgt in diesem Jahr das Preisgeld 3000 Euro. Um den Hans-Frankenthal-Preis 2012 können sich Gruppen, Initiativen und Institutionen bewerben, die im Sinne des Auschwitz-Komitees Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen das Vergessen und gegen nationalsozialistische und neofaschistische Bestrebungen leisten. Durch den Preis soll entweder ein bereits durchgeführtes Projekt gewürdigt, wiederholt oder weitergeführt, oder ein geplantes Projekt ermöglicht werden.

Im 25köpfigen Stiftungsrat entscheiden dann NS-Verfolgte zusammen mit Autorinnen, Musiker–innen, Juristen und Historikern und weiteren Persönlichkeiten, die dem Anliegen des Auschwitz-Komitees verbunden sind, über die Preisvergabe.

Zustiftungen und Spenden sind stets willkommen, um die großen Aufgaben bewältigen zu können!

Vorschläge und Bewerbungen können bis zum 31. Mai 2012 an die Stiftung Auschwitz-Komitee, Doormannsweg 22, 20259 Hamburg gerichtet werden. Weitere Informationen zur Bewerbung finden sich auf

www.stiftung-auschwitz-komitee.de

67. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ-Buchenwald

Am 15 April Sonntag fand die Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ Buchenwald statt.

Wir dokumentieren die Begrüßungsansprache von Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos und die Rede von Éva Pusztai, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald

Bertrand Herz

Wir haben uns heute hier aus Anlass des 67. Jahrestags der Befreiung des KZ Buchenwald versammelt. Vor 75 Jahren, am 15. Juli 1937, trafen die ersten deutschen Häftlinge auf dem Ettersberg ein, um unter unmenschlichen Bedingungen dieses Lager, das zu einem Ort des Schreckens werden sollte, zu errichten. Während in Buchenwald die Barbarei herrschte, wurden in Deutschland und im besetzten Europa Tausende und schließlich Millionen Menschen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen.

Hier auf diesem Appellplatz haben schon viele Zeitzeugen von ihren Erfahrungen, die sie in der Zeit des Terrors und der Entmenschlichung durch die Nazis machen mussten, und von ihrem Widerstand, den sie ihnen entgegenzusetzen versuchten, gesprochen.

Dieses Jahr wird unsere Freundin Eva Pusztai, Mitglied des Internationalen Komitees, das Martyrium ihrer jüdischen ungarischen Landsleute schildern. Sie war nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden, war von ihrer Familie die Einzige, die die Hölle dieses Lagers überlebte, und kam schließlich als Arbeitssklavin der Nazis in das Buchenwald-Außenlager Allendorf.

Hier auf diesem Platz ehrten am 19. April 1945 die 21 000 Überlebenden am Ende ihres Leidensweges die 50 000 Kameraden und Angehörigen, die die Hitlerbarbarei in diesem Lager umgebracht hatte. Sie leisteten den Schwur, eine neue Welt in Frieden und Freiheit aufzubauen. Sie waren voller Mut und Zukunftshoffnung und dachten, dass der Nazismus endgültig besiegt sei und die Welt weder Fremdenhass, noch Rassismus oder Antisemitismus je wieder erfahren werde. Doch fast 70 Jahre später sind diese Vorurteile nach wie vor präsent und erheben Hass und Gewalt wieder ihr Haupt.

In einigen Ländern Europas ebnen nationalistische oder populistische Strömungen rassistischen Bewegungen den Weg. Es kommt zu Übergriffen gegen die Roma-Minderheiten. Vor einigen Monaten ermordeten in Deutschland Neonazis, die sich nach dem Dritten Reich zurücksehnten, mehrere Bürger mit Migrationshintergrund. In Frankreich wurden vor Kurzem jüdische Kinder Opfer eines Überfalls, dessen Motive neuer antisemitischer Hass und fehlgeleiteter religiöser Integrismus waren. Diese Kinder wurden kaltblütig ermordet, so wie Hitler es vor 70 Jahren getan hatte. Die Überlebenden der Lager fordern die Politik auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um sich der besorgniserregenden Renaissance von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzustellen.

Wir wissen, dass der Kampf gegen dieses Wiederaufleben am wirksamsten durch die Erziehung der jungen Generationen zu bewussten Staatsbürgern geführt werden kann. Deshalb unterstützen wir mit all unserer Kraft jede Initiative zur Darstellung der

Geschichte des Nationalsozialismus: zunächst des Prozesses seiner Entstehung, dann der Entfaltung seines verbrecherischen Handelns und schließlich des Kampfes der Widerstandsbewegung gegen diese kriminelle Ideologie, um die Demokratie herzustellen, in der diese Generationen heute leben.

In diesem Geiste hatten unsere Kameraden des Beirats von Buchenwald und sein Präsident Floréal Barrier vor zwei Jahren eine Neukonzeption der Ständigen Ausstellung der Gedenkstätte Buchenwald vorgeschlagen. Das Internationale Komitee dankt der Regierung des Freistaates Thüringen und der Bundesregierung herzlich für ihre so wichtige Unterstützung bei der Realisierung dieses Projektes, dessen Fertigstellung für 2015 vorgesehen ist.

Herr Minister, dass Sie an der heutigen Gedenkveranstaltung aus Anlass des 67. Jahrestages der Befreiung des Lagers teilnehmen, berührt mich sehr. Sie werden nun das Wort ergreifen und uns im Namen Ihrer Regierung vom Fortgang dieses wichtigen Projektes unterrichten. Im Namen des Internationalen Komitees danke ich Ihnen dafür sehr herzlich. ■

Éva Puszta

Seit dem 11. April 1945, dem Tag der Befreiung von Buchenwald durch die Alliierten, sind 67 Jahre vergangen. Wir 1000 Frauen aus dem Arbeitslager in Allendorf Münchmühle, einem Außenlager von Buchenwald, waren an diesem Tag bereits frei. Von den 1000 Frauen waren 530 Mädchen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, mit unseren unvollendeten Schulen und Studien. Aus der Schulbank herausgerissen, mussten wir dieselbe Arbeit in der Rüstungsindustrie des Dritten Reiches leisten wie die erwachsenen Männer.

Jahrzehntelang wurde, wenn von Buchenwald die Rede war, an Männer gedacht. Tatsächlich waren nur vorübergehend wenige Frauen im Stammlager. Aber in den über hundert Nebenlagern des KZ waren die Mehrzahl weibliche Häftlinge!

Im September 1944 schufteten fast 2 Millionen Frauen in den verschiedenen Arbeitslagern im Dritten Reich. In den zu Buchenwald gehörenden Außenlagern waren von den rund 27 000 Frauen mehr als 10 000 ungarische Jüdinnen.

Einige Beispiele, teils auf SS Statistiken und Arbeitseinsatzmeldungen basierend:

• von August 1944 bis März 1945 waren in den Werken der Dynamit Nobel AG Hessisch Lichtenau und Allendorf 2000 ungarische Jüdinnen eingesetzt, unter ihnen auch ich selbst;

• im Dezember 1944 arbeiteten in den Buchenwald-Außenlagern Hasag Leipzig, Altenburg, Taucha, Schlieben und Meuselwitz sowie bei Polte, Magdeburg 11 500 Jüdinnen, die meisten Ungarinnen;

• im Februar 1945 waren es 13 200 Jüdinnen, davon 10 000 Ungarinnen

Mit diesen Beispielen wollte ich nur beweisen, dass die Anzahl der zu Buchenwald gehörenden Frauen sehr groß war und dass wir in Zukunft, wenn wir über Buchenwald sprechen, uns neben den Männern auch an die Frauen erinnern müssen.

Umso mehr, weil zwischen der Arbeit die verrichtet werden musste, kein Unterschied war. In dem Rüstungswerk in Allendorf, wo wir Bomben und Granaten abfüllten, gab es keine leichte und keine schwere Arbeit. Sklavenarbeit gab es, ohne Rücksicht darauf, ob sie Frauen oder Männer tun mussten. Wie für die Männer zahlte das Werk in Allendorf auch für uns Frauen die 4.-Reichsmark pro Person und Tag an die SS in Buchenwald. Als unsere Frauengruppe aus Auschwitz-Birkenau am 16. August 1944 ankam und wir erschöpft und verhungert aus den Waggons herauskrochen, empfingen uns die Lagerführung und die Werk-

leitung. Der Oberingenieur des Werkes, Ederlein, raufte sich die Haare, weil er kräftige Männer gebraucht hätte, jedoch uns bekam. Hätten wir Frauen Haare gehabt – sechs

Wochen zuvor waren wir kahl geschoren worden – hätten wir uns die Haare gerauft, weil die Arbeit, zu der wir herangeschleppt worden waren, keine Beschäftigung für Frauen war – doch wenn wir leben wollten, mussten wir sie leisten!

Das Tragischste an der Vernichtung der Ungarischen Juden waren der Zeitpunkt und die Dauer. Der Krieg war im Mai 1945 zu Ende. Aber noch in höchster Eile wurde Ungarn nur 14 Monate früher, im März 1944, durch die Wehrmacht besetzt. Der Krieg war seitens der Achsenmächte schon längst verloren! Die ungarischen Behörden agierten dennoch fieberhaft um die eigenen jüdischen Staatsbürger loszuwerden. Mittels der damaligen Logistik wurden die gesamten Juden aus Ungarn – mit Ausnahme von Budapest –, etwa 430 000 Menschen, nach Auschwitz-Birkenau verschleppt; 340 000 von ihnen wurden sofort nach der Ankunft vergast.

In nicht einmal zwei Monaten!

Obschon seitdem 68 Jahre vergangen sind gab es in Ungarn keine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem ungarischen Holocaust, den nicht Eichmann und die Deutschen, sondern ungarische Staatsbürger in Ungarn, gegen ungarische jüdische Staatsbürger, vollbrachten.

Es begann bereits 1920!

Mit dem ersten antijüdischen Gesetz des modernen Europa, das nicht im Deutschen Reichstag, sondern durch das ungarische Parlament ratifiziert wurde, 13 Jahre vor Hitlers Machtübernahme. Weitere antijüdische Gesetze folgten 1938, 1939 und 1941 bis in Ungarn dieselben antijüdischen Gesetze in Kraft waren,wie im Dritten Reich. Die historischen Momente für die ungarische Auseinandersetzung mit diesen Tatsachen wurden verpasst. Historische Momente kommen nie wieder zurück.

So oft ich auf diesem Appellplatz stehe, brauche ich meine Augen nicht zu schließen, um das ehemalige Lager zu sehen, voll mit Baracken, voll mit Menschen. Zuerst gedenke ich der nach Buchenwald verschleppten Häftlinge und zwischen ihnen meinen Gleichaltrigen, die damals, wie ich, noch Teenager waren, voll mit Lebenslust, mit Plänen, Träumen – was ist aus ihnen geworden? Wie viele haben überlebt? Wie viele Pläne, Träume, wie viel Talent sind hier im Rauch des Krematoriums entschwunden? Wie viele DNS-Ketten sind da gebrochen, weil das letzte Familienmitglied, das sie fortzusetzen gehabt hätte, hier ermordet wurde? Als das Totenbuch in Buchenwald fertig gestellt war, habe ich bei dem Initial meines Mädchennamens Fahidi, also bei „F“, das Buch geöffnet und den Bruder meines Vaters, meinen Onkel aus Kaschau, damals Ungarn, heute Slowakei, Sándor Fahidi gefunden. Auch er, mit seiner in Auschwitz-Birkenau verschwundenen Frau und Kindern, hat nichts hinterlassen, als ob er und seine Familie nie auf der Erde gewesen wären! Und wie viele waren es, seinesgleichen?

Unvermeidlich muss man an die Täter denken. An den Hass, den sie ausstrahlten und an die Angst die daraus resultierte. Man kann keine positiven Empfindungen gegenüber Menschen entwickeln, die verachten, quälen, herabsetzen, brüllen, Fußtritte, Ohrfeigen und Peitschenhiebe verteilen. Der Nobelpreisträger Imre Kertész, selbst ein ehemaliger Buchenwald-Häftling, schreibt in seinem Buch „Roman eines Schicksallosen“, dass er alles gehasst hat, als er aus der Deportation nach Hause, nach Ungarn zurückkam. „Was war am schlimmsten während der Deportation“ hat man mich schon tausendmal gefragt. „Alles“ antworte ich. Auch wegnehmen kann man einem jeden und alles. Doch alles, was man einmal gehabt hat, kann man ersetzen.

Die verlorenen Menschenleben nie.

Es war schwer als ein verhasstes Wesen zu leben, aber es half einem die menschliche Würde zu behalten. In Auschwitz-Birkenau bin ich als ein verwöhntes Kind liebender Eltern angekommen. Mit der kleinen Geste, die mich auf die eine und meine gesamte Familie auf die andere Seite winkte, wollte man aus mir während des Bruchteils einer Sekunde einen wurzellosen, namenlosen, heimatlosen Sklaven machen. In Münchmühle, dem Außenlager von Buchenwald im hessischen Stadtallendorf, bin ich eine selbstbewusste Erwachsene geworden. Empathie, Solidarität, Hilfsbereitschaft, Nächstenliebe, die richtigen Werte zu schätzen, lebenslang dauernde Freundschaften zu schließen habe ich da gelernt. Dasselbe habe ich auch von den Mitgliedern meiner Fünferreihe bekommen. Wir ersetzten uns gegenseitig unsere verlorenen Familien. Sonst hätten wir nicht überlebt!

Das letzte Mitglied der anderen Vier meiner Fünferreihe ist am 2. Dezember 2011 gestorben. Bis zur letzten Sekunde waren wir nicht nur Freunde, sondern Schwestern gewesen. Nur der Tod konnte uns trennen. Jetzt habe ich meine Familie nochmals verloren, allein stehe ich nun da.

„Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung“ war das Motto der Versöhnungswoche im Jahr 1990, als wir, die ehemaligen Häftlinge aus dem Lager Münchmühle durch den Magistrat von Stadtallendorf eingeladen wurden. Dieser kluge Satz hat eine tiefgehende Bedeutung. Mit der Zeit verschwanden „unsere“ Täter, die zumeist älter waren, als wir, vermutlich leben nur noch wenige von ihnen. Die Nachkriegsgeneration, die die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vollbrachte, die sollen wir hassen? Oder die heutige, dritte Generation, die mit unseren Enkelkindern gleichaltrig und befreundet ist?

Als ich ein kleines Mädchen war und mich mit meiner noch kleineren Schwester gezankt habe, hat uns meine Mutti am Abend gesagt: „Kinder, ihr müsst euch versöhnen, mit Ärger und schlechten Gedanken in der Seele kann man nicht ruhig schlafen.“ Jetzt weiß ich schon – und kann es im Namen meiner noch lebenden ehemaligen Mithäftlinge sagen – mit Hass in der Seele können auch wir nicht leben.

Wir sind Großeltern und das Schicksal unserer Enkelkinder ist uns das Wichtigste. Ich selbst bin mit vier Enkelkindern an der Zukunft interessiert. Das Beste, was ich ihnen wünschen kann – wenn es auch noch so utopistisch klingt – ist, dass sie sich ein angstloses Leben schaffen. Dass sie sich eine demokratische Gesellschaft erbauen, in der institutioneller Hass unbekannt ist.

Es lebe die Zukunft, es lebe die Jugend!

Gedenkveranstaltung 2011

Erklärung

„Treffen der Nachkommen“

Am 15. April, zum 67. Jahrestag der Selbstbefreiung von Buchenwald, fand das dritte „Treffen der Nachkommen“ in der Gedenkstätte Buchenwald statt

Bestimmt von dem Willen,
sich für eine Welt des Friedens und der Freiheit einzusetzen,
in der es keine Wurzeln für Faschismus mehr gibt,
trafen sich am 15. April 2012,
eingeladen von der
Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora,
auf dem Ettersberg bei Weimar
ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald,
hinterbliebene Angehörige und Nachkommen,
Vertreter der nationalen Minderheit
der Sinti und Roma in Deutschland,
Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Der mutige und besonnene Einsatz im Widerstand
organisierter politischer Häftlinge
brachte auch den im Lager geschundenen und gequälten
Sinti und Roma am 11. April vor 67 Jahren die Freiheit.

Indem wir der Opfer gedenken, bekunden wir angesichts
zunehmender rassistischer Angriffe auf Sinti und Roma
in Deutschland und einigen europäischen Staaten
unsere aufrichtige Solidarität mit den Angehörigen dieser Minderheit.

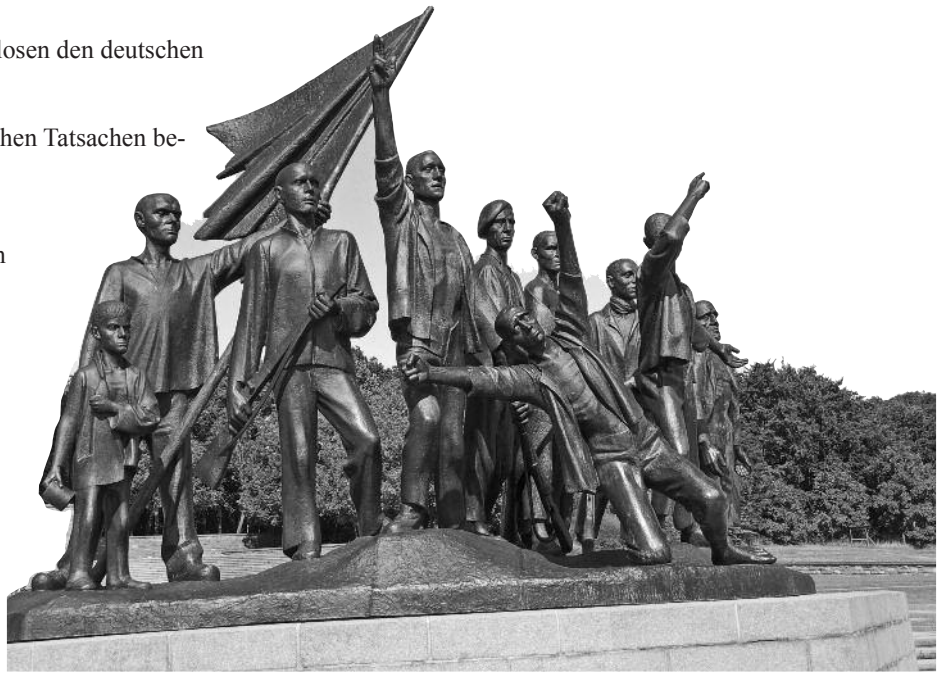
Über ein Jahrzehnt
nicht aufgeklärte neofaschistische Mordtaten, in Deutschland
vorhandener latenter und offener Rassismus
sowie durch juristische Winkelzüge erlaubte neofaschistische Propaganda
widersprechen der Charta der Menschenrechte,
dem europäischen Einheitsgedanken und
dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Angesichts zunehmender neofaschistischer Aktivitäten
verlangen wir von den Zuständigen, ohne Zeitverzug
alle Voraussetzungen für ein tragfähiges, endgültiges und
nachhaltiges Verbot der NPD und ihrer
Gliederungen zu schaffen.
Haltlose Extremismusdiskussionen und
unzulässige Diktaturvergleiche verharmlosen den deutschen
Faschismus.

Wir erwarten dringend eine auf historischen Tatsachen beruhende,
allseitige Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements
in der Auseinandersetzung mit aktuellem
Neofaschismus.

Unser Gedenken erlegt uns die
Verpflichtung auf, aktiv politisch
zu handeln,
um das Vermächtnis des
antifaschistischen Widerstands zu
bewahren,
weil wir Frieden, Demokratie, Freiheit
und solidarisches Miteinander
als Voraussetzungen für das Zusammenlaben der Menschen empfinden.

Buchenwald, am 15. April 2012



Figurengruppe des Buchenwald-Denkmalsl von Fritz Creme

Der Front National im früheren Bergbaurevier

Eine Reportage aus Nordostfrankreich

Ein bisschen wie das Ruhrgebiet, nur sehr viel ärmer. Ein bisschen wie Ostdeutschland, aber sehr viel jünger und dynamischer – keine Abwanderungsregion, sondern eine mit Jugendüberschuss. Die französische Bergbauregion im Bezirk Pas-de-Calais hat ihre ganz eigenen Züge. Dort versucht die extreme Rechte seit Jahren Fuß zu fassen. Aber auch die Linke und die Sozialdemokraten sind stark. Eine Splitterpartei, die oft nicht über fünf Prozent hinauskommt, bildet dagegen die bürgerliche Rechte. Muss bei den Wahlen in den kommenden Wochen mit Erfolgen Marine Le Pens gerechnet werden? Bernhard Schmid berichtet aus Lens, Grenay, Loos-en-Gohelle, Mazingarbe und Hénin-Beaumont...

Fremder, kommst Du nach Sparta, sage, Du habest sie liegen sehen, die Toten – so sagt es ein antikes Sprichwort. Fremder, kommst Du nach Hénin-Beaumont, sage, Du habest sie leuchten sehen – die Schaufenster der Totengräber. Es ist das Erste, was im Stadtzentrum der 27 000 Einwohner zählenden früheren Bergarbeiterstadt auffällt: die Bestattungsunternehmen. An den beiden größten Plätzen des Städtchens prangen als erste ihre Firmenschilder ins Auge. Mehrere von ihnen reihen sich aneinander, neben einzelnen Kneipen, Cafés und dem lokalen Ableger der Regionalzeitung La Voix du Nord. Andere Geschäfte sind auf den ersten Blick nicht zu sehen.

„Das ist ein absolut typischer Eindruck für Hénin-Beaumont. So wirkt die Stimmung im Stadtzentrum“, lästert der 23jährige Antoine an einem Kneipentisch. Er ist ein Kind des Bassin minier, des früheren französischen Bergbaubeckens, das sich in Nordostfrankreich von Béthune bis nach Douai in der Nähe der belgischen Grenze hinzieht. Geboren wurde er im einige Kilometer entfernten Lens, in Hénin-Beaumont hat er mehrere Jahre lang gelebt.

Früher wurde hier Steinkohle für ganz Frankreich gefördert. Seit zwanzig Jahren sind die letzten Kohlegruben inzwischen dicht. Geblieben sind ein Arbeitermilieu, in dem viele Menschen perspektivlos und voller sozialer Frustrationen sind, sowie zahllose Erinnerungen und Legenden rund um den Bergbau. Geblieben ist auch eine Landschaft, die noch die Spuren der Suche nach dem „schwarzen Gold“ trägt: Von Lens bis Hénin-Beaumont und zurück fährt man an Dutzenden von terrils vorbei, an gigantischen Maulwurfshügeln, die aus den Abraumhalden der früheren Kohlengrube entstanden sind. Einige von ihnen sind von Büschen und Bäumen überwachsen, von jungen Birken und Gras überwuchert. Andere starren schwarz in die Landschaft. Es sind die mit Abstand höchsten Erhebungen in diesem flachen Land, dieser Tiefebene in einige Dutzend Kilometern Entfernung vom Ärmelkanal.

Trotz allem, obwohl die Arbeitslosigkeit hoch und die Job- oder gar Aufstiegschancen gering sind, ist dieses Land mitnichten tot. Die Region Nord-Pas de Calais, gut vier Millionen EinwohnerInnen, in deren Süden und Mitte das alte Bergbaurevier liegt, ist vom Altersdurchschnitt her die jüngste in ganz Frankreich. Die Bevölkerung nimmt zu und nicht ab. Auch im Bergbaubecken bleibt sie mindestens stabil. Von Geisterstädten oder Rentnerüberhang – keine Spur.

„Im Land der schwarzen Fressen“

Hénin-Beaumont ist in den letzten Jahren die vielleicht überregional bekannteste Stadt in dieser Gegend geworden. Wider Willen, jedenfalls aus Sicht vieler ihrer Bewohner. Die Doppelstadt wurde dadurch bekannt, dass die extreme Rechte hier einen ihrer höchsten Stimmenanteile einfuhr. Marine Le Pen, seit anderthalb Jahren die Chefin des Front National (FN), wählte hier zu Anfang des letzten Jahrzehnts ihren Wahlkreis. Sie konnte auf dem Sockel aufbauen, den ein ortsansässiger Kader, Steeve Briois, vielen als l’enfant du pays – „das Kind des Landes“ – bekannt, in zwanzigjähriger zäher Kleinarbeit gelegt hat. Ihr „Labor“ hat die extreme Rechte hier eingerichtet, meinen viele Beobachter. Schon vor nunmehr sechs Jahren erzählte ein Film davon, Au pays des gueules noires – ungefähr: „Im Land der schwarzen Gesichter (wörtlich: Fressen)“, also der Bergarbeiter – von Edouard Mills-Affif. Verändert haben sich die örtlichen politischen Verhältnisse seither kaum. Im Juli 2009, bei der letzten Rathauswahl, scheiterten Marine Le Pen und Steeve Briois mit 47,6 Prozent der Stimmen nur knapp und gegen eine Quasi-Allparteienkoalition, die von der KP bis zur Mitte-Rechts-Partei MoDem (christdemokratisch und liberal) reichte.

Hier, in ihrer „Hochburg“ Hénin-Beaumont, hielt Marine Le Pen am letzten Sonntag vor der französischen Präsidentschaftswahl, also am 15. April, ihre vorletzte Großkundgebung zum Wahlkampf ab. *(Die letzte findet am Dienstag, 17. April in Paris statt.)* Steeve Briois, selbst Enkel eines kommunistischen Grubenarbeiters, ist seitdem in nahezu ganz Frankreich als „Kind der Bergbauregion“ bekannt. Dereinst war es Maurice Thorez, geboren im Jahr 1900 in der Bergwerkstadt Noyelle-Godault, der diesen Platz einnahm. Ab den zwanziger Jahren stieg der junge Mann, der 306 Tage lang unter Tage gearbeitet hatte, in der kommunistischen Parteihierarchie auf. Immer mehr wurde er zum stalinistischen Apparatschik, Anfang der dreißiger Jahre dann Parteichef – und blieb es Jahrzehnte. 1964 starb er am Schwarzen Meer, auf dem Weg in den jährlichen Sommerurlaub in der UdSSR. Briois reicht nicht an seine Statur heran. Er ist eher ein Propagandist, der von Haustür zu Haustür seine Propaganda verbreitet, als ein Vordenker oder ein „Chef“. Antoine ging mit seinem Bruder in die Schule. Der Bruder ist nicht rechtsextrem, sondern „politikverdrossen“. Von ihm weiß Antoine: „Ursprünglich war auch Steeve nicht rechts gepolt, sondern hatte überhaupt keine politischen Ideen. Auf der Suche nach Möglichkeiten, sich zu profilieren und zu beweisen, fand er einen geeigneten Platz bei der extremen Rechten, weil bei anderen Parteien schon alle Plätze besetzt waren. Ab dem Alter von 16 oder 17 steigerte er sich dann aber auch zunehmend in die Ideologie hinein. Als Oberschüler verteilte er seine Flugblätter vor dem Schultor mit einer roten Armbinde am Oberarm.“ Einer Armbinde, wie französische Polizisten sie tragen, wenn sie im Einsatz sind und keine Uniform tragen, frage ich? Nein, meint Antoine, die Armbinde sollte wohl eher an die SA erinnern. Heute bemüht Briois sich allerdings tunlichst um ein respektierliches, „bürgernahes“ Erscheinungsbild. Auf jedes brennende Auto in der Region – solche sind in der Gegend allerdings selten –, jeden Einbruch und jede Bekanntgabe von Entlassungen im Umland reagiert er schnell mit einem eigenen Flugblatt.

Die Schaufenster der Totengräber künden jedoch weder davon, dass in der örtlichen Politik eine als tödlich empfundene Gefahr drohe, noch von einer Überalterung der Bevölkerung. Ihre Konzentration im Stadtzentrum ist vielmehr das Ergebnis der Tatsache, dass es ansonsten ausgestorben ist, was Geschäfte oder sonstige Aktivitäten betrifft. Vor gut dreißig Jahre wurden an der Stadtgrenze – just auf der anderen Seite, die schon zur Nachbargemeine Noyelle-Godault gehört – eines der größten Einkaufszentren in

ganz Frankreich eröffnet, rund um einen völlig überdimensionierten Supermarkt der Auchan-Kette. Zahlreiche Geschäfte gingen pleite, andere zogen an ihre Stelle, oft eben Bestattungsunternehmen.

Teile der Stadt wirken darum relativ ausgestorben, außer an Markttagen. Die Einwohner treffen sich nicht bei Einkäufen und Kneipengängen, sondern sitzen eher zu Hause vor dem Fernseher, wenn sie nicht im Supermarkt oder einem der angeschlossenen Läden – vom Friseur bis zum Schnellrestaurant – sind. An diese örtlich sehr greifbare Realität knüpft Marine Le Pen übrigens in ihrem derzeitigen Wahlkampf vor der Präsidentschaftswahl an: Vergangene Woche forderte sie, die Ansiedlung von Supermärkten müsse „in Stadt unter 30 000 Einwohnern" verboten werden. Aus Rücksicht auf das Kleingewerbe. Hénin-Beaumont liegt just unterhalb der von ihr gezogenen Grenze.

Ein System, das den FN begünstigte

Dass die extreme Rechte in Hénin-Beaumont derart überdurchschnittlich abschneiden konnte, hat aber auch andere Gründe. In einem Café gegenüber der Kirche Saint-Martin treffe ich Jean-Marc Bureau, zwischen 50 und 60. Er war früher beruflich Chauffeur beim Regionalparlament in Lille. Lange Jahre hindurch fuhr er Prominente, von Ex-Premierminister Michel Rocard bis zum Staatspräsidenten Malis auf Besuch. Politisch engagiert er sich bei den Grünen vor Ort. Im Rathaus von Hénin-Beaumont war er vor zehn Jahren Beisitzer des damaligen Bürgermeisters Gérard Dalongeville, eines Sozialisten. Zuständig war er für die Beziehungen zu Bürgerinitiativen und dem örtlichen Vereinswesen. Im Dezember 2002 trat er nach nur anderthalb Jahren auf seinem Posten zurück.

Schon damals, erzählt er mir, habe er beobachtet, wie fragwürdige Verwaltungspraktiken um sich griffen, die immer mehr in Selbstbedienung ausgeartet seien. „Die Rathausverwaltung gab ein Flugblatt heraus, mit dem die Stadt auf falsche Informationen in einem Artikel der Regionalzeitung ‚Voix du Nord' reagieren wollte. Wir Kommunalparlamentarier waren mehrheitlich einverstanden, das Vorhaben zu unterstützen und das Flugblatt aus eigener Tasche zu bezahlen. Dann wurde uns eine fiktive Rechnung präsentiert: 5800 Euro. Wir hatten Zweifel und erkundigten uns. Bei den Druckereien erfuhren wird, dass das Flugblatt in dieser Auflagenhöhe ab 1600 Euro zu haben sei. Daraufhin verlangten wir eine Quittung, es wurde uns aber keine präsentiert. Daraufhin reichten andere Vizebürgermeister und ich selbst unseren Rücktritt ein. Dies war aber nur ein relativ harmloses Indiz, das Rückschlüsse auf ein viel tiefer verankertes System zuließ. Bei diesen Leuten galt es offensichtlich als ganz normal, sich bei jeder Amtshandlung nebenbei selbst zu bedienen." Das System Dalongeville flog einige Jahre später auf: Im April 2009 wurde er in Untersuchungshaft genommen, seitdem läuft ein Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Unterschlagung in Höhe von vier Millionen Euro. Wie andere Bürgermeister in der Region auch, hatte er dank kleiner Geschenke auf Kosten des Rathauses – Autos, Jobs im öffentlichen Dienst, Genehmigungen – ein System von Klientelwirtschaft und Loyalitätsbeziehungen unterhalten und darauf seine politische Hausmacht aufgemacht. Und sich und seine Freunde dabei gerne bedient. Ende Februar dieses Jahres publizierte Gérard Dalongeville ein Buch unter dem Titel *Rose mafia* (Rosafarbene Mafia). Es handelt von den Regierungspraktiken in der Mehrzahl der Städte im Bergbaurevier. Dalongeville hat offensichtlich keine Lust, alleine „für die Verfehlungen aller" zu bezahlen. Und packt eifrig über seine sozialistischen Parteikollegen aus.

„Hier im Bergbaurevier funktioniert die etablierte Politik so und nicht anders", versichert mir Jacques Kleinpeter. Der verrentete Eisenbahner sitzt in seinem Bergarbeiterhaus in der Gemeinde Mazingarbe und erzählt von seinem langjähriger politischen Engagement. Seit zwanzig Jahren engagiert der knorrige Mann sich in Bürgerinitiativen für behinderte Menschen. 1995 präsentierten eine Reihe von Vereinen und Bürgerinitiativen eine gemeinsame offene Liste zu den Rathauswahlen in Liévin – die Stadt mit 33 000 Einwohnern ist, neben Lens, eines der beiden Zentren des Bergbaureviers –, die damals 27 Prozent erhielt. Schnell wurde die Liste mit den Praktiken von Jean-Pierre Kucheida konfrontiert. Er ist seit 1981 ununterbrochen Bürgermeister, und sofern es wirklich eine „rosafarbene Mafia" gibt, ist er einer ihrer „Paten". Bislang herrschte er wie ein Guru über Teile des sozialdemokratischen Establishments der Region. Zu den diesjährigen Parlamentswahlen, im Juni 2012, erwägt Parteichefin Martine Aubry dem Vernehmen nach erstmals, ihn nicht wieder als Kandidaten der Sozialdemokratie aufzustellen. Inzwischen scheinen die alten Methoden doch zunehmend diskreditiert zu sein.

Zu ihnen zählt eine gutsherrenartige Kontrolle über Arbeitsplätze, Baugenehmigungen und diverse Lizenzen. „Kucheida sorgt dafür, dass in jeder Familie je eine Person mit befristeten Arbeitsverträgen oder mit Versprechen für einen Job bei der Stange gehalten wird. So schafft er Loyalitäten. Eine Bekannte wandte sich einmal mit einer Bitte an Kucheida. Zuerst erhielt sie mehrere Briefe von Mitarbeiterinnen des Bürgermeisters: ‚Wir haben ihren Brief bekommen; Kucheida hat mich damit beauftragt, mich um ihre Situation zu kümmern; ich werde ihr Dossier an örtliche Unternehmen weiterleiten'. Dann kamen über ein Jahr lang ständig Briefe von diesem oder jenem Supermarkt, dieser oder jener Firma: ‚Das Büro von Kucheida hat uns ihr Dossier weitergeleitet. Leider haben wir derzeit keinen Arbeitsplatz anzubieten. Aber wir kommen auf Sie zurück…' Nach anderthalb Jahren versiegten die Briefe. Aber manche Leute werden auf diese Weise drei Jahre lang hingehalten. Und wenn sie politische Loyalitätsgarantien mitbringen oder Dienste für die Rathausherren leisten, dann können sie auch vom System profitieren."

Die Liste der Bürgerinitiativler fiel im Laufe der Jahre, die auf ihre Wahl ins Stadtparlament folgten auseinander. Kleinpeter selbst schloss sich später einer linksradikalen Partei, der NPA, an. „Das besondere Klientelsystem in der Region ist eine Fortsetzung des alten Systems der

Hénin-Beaumont:
Beerdigungsunternehmen (= Pompes funèbres) dominieren das Stadtzentrum

Bergbauherren“, meint er. „Früher verschafften sie den Leuten Jobs und nahmen dafür in Anspruch, ihr ganzes Leben von der Wiege bis zur Bahre zu organisieren. Heute gibt es diese Arbeitsplätze nicht mehr. An ihre Stelle trat das politische Versorgungssystem.“

Wie das alte System funktionierte, schildert mir Christian Champiré, Bürgermeister der alten Bergbaustadt Grenay von der Französischen kommunistischen Partei (PCF). Der frühere Lehrer, der sich infolge seiner Heirat 1993 aus der Region Paris ins Bergbaurevier versetzen ließ, empfängt mich in seinem Büro. Seine Kommune war 1850 ein Dorf mit 250 Einwohnern, wegen des Kohlebergbaureviers wuchs ihre Zahl bis nach dem Ersten Weltkrieg auf 6600. Auf dem Höhepunkt zwischen 1967 und 1969 – in jenen Jahren wurden die beiden Kohlegruben seiner Stadt geschlossen – waren es 8800 Einwohner geworden. Danach ging die Zahl zurück, sie liegt heute auf demselben Niveau wie nach dem Ersten Weltkrieg. Aber die Tendenz ist wieder steigend, weil Leute aus dem Umland von Lille dorthin ziehen. Und die Bevölkerung ist überdurchschnittlich jung. Die bunt bemalte Mauer des riesigen Friedhofs der Stadt zeigt Bilder vom Bergbau, aber auch Szenen aus dem Zweiten Weltkrieg, als die Stadt befreit wurde.

„Die Stadt besteht zu 90 Prozent aus früheren Bergbauhäusern. So lange die Leute in den Kohleminen arbeiteten, wurden sie den Bewohnern kostenlos zur Verfügung gestellt – das gehörte zu den Errungenschaften aus den Kämpfen der Bergarbeitern. Die kostenlose Miete wurde an die Witwen weitergegeben, wird aber nicht an die Kinder vererbt. Heute werden noch 14 Prozent der Häuser meiner Kommune zu diesen Bedingungen bewohnt. Oft wohnen drei oder vier Generationen unter einem Dach, weil die Großmutter noch kostenlos wohnen kann.“ Aber dieser damalige soziale Vorteil hatte zu Zeiten des Bergbaus auch seine Schattenseite: „Die ‚Cités’ genannten Bergbausiedlungen waren in sich geschlossen Welt. Dort fanden sich auch die Kirche, die ‚Coopérative’ genannten Läden zur Lebensmittelversorgung, die Schulen. Viele Bergarbeiter kamen niemals aus ihren Siedlungen heraus, außer, um zur Arbeit zu gehen. Und die ‚Cités’ waren von Gittern umgeben. Wenn es einen Konflikt gab, einen harten Streik, dann wurden die Gitter geschlossen, und die Menschen waren buchstäblich eingesperrt.“

Harte Arbeitskämpfe gab es in der Stadt von Christian Champiré. Im Sommer 1941 unter direkter Militärverwaltung der deutschen Wehrmacht – viele „Rädelsführer“ waren erschossen, aber es wurde erreicht, dass die Versorgung mit Lebensmitteln und Seife verbessert wurde. Die Bergbauregion Nord-Pas de Calais stand damals als einzige unter direkter Herrschaft der deutschen Armee, während das übrige Nordfrankreich durch eine zivile Besatzungsverwaltung und die „freie Zone“ in Südfrankreich durch das Vichy-Regime regiert wurde. Das Nord-Pas de Calais und die nahe Picardie trennte eine Demarkationslinie, an der Menschen erschossen wurden, die die Zone zu wechseln versuchten. Deswegen auch war der Widerstand hier stark, die KP war es ebenfalls, und sie war und ist bis heute oft patriotisch gefärbt, vor dem Hintergrund des Widerstands gegen die deutschen Besatzer.

Im Herbst 1947 und erneut im Herbst 1948 wurde wieder gestreikt, gegen drohende Lohnkürzungen und gegen Versorgungsengpässe. Beim letzten Mal endete der große Bergarbeiterstreik, der landesweit Kreise zog („viele Kinder von Bergarbeitern, die aufgrund ausbleibenden Lohns Not litten, wurden in Paris bei Familien ausgenommen“) mit einer schweren Niederlage. „Damals“, erzählt mir Champiré, „wurden die Anführer sogar wegen ‚Terrorismus’ angeklagt, wegen Angriffs auf die Versorgungslage des französischen Staates in Verbindung mit ‚‚kommunistischen Sympathien’. Viele der Betroffenen verloren daraufhin alles: ihren Job, und mit ihm die Wohnung, die Schulplätze für die Kinder, die gesamte Existenz auf einmal.“ Seit Jahren führen Einwohner der Stadt Grenay deswegen Prozesse wegen Entschädigung. Im Jahr 2001 sprach ein Gericht der Region in einem Fall einer Familie von Betroffenen 30 000 Euro Schadensersatz zu. Doch der Staat legte Berufung ein, und das Verfahren ist bis heute nicht beendet.

Einbruchstelle für das Gift des Rassismus

Früher bildete die Bergarbeitersolidarität – und bildete z.T. noch dort, wo sie noch funktioniert – eine Grundlage für den Einfluss der KP. Und dort, wo sie noch nicht abbröckelte, ist sie nach Auffassung von manchen in der Region nach wie vor ein schützender Wall gegen den Einbruch der extremen Rechten. Fabrice, der bei den Grünen und einem antirassistischen Kollektiv aktiv ist, steht dieser These stärker reserviert gegenüber. Historisch sei dies lange Zeit richtig gewesen, meint er, das Klassenbewusstsein habe auch die aufeinander folgenden Generationen von Immigranten – aus Belgien, Italien, später Polen – „integrieren“ können. Aber in den 1970er Jahren sei der erste größere Riss aufgetreten. Damals wurde die historisch allerletzte Generation von Arbeitsmigranten rekrutiert: Einwanderer aus Marokko, die durch die Bergwerksbetreiber direkt unter den Schäfern im Atlasgebirge angeworben worden waren. Die Charbonnages de France, das Betreiberunternehmen, habe damals schon gewusst, dass der Kohlebergbau zurückgehen und perspektivisch eingestellt werden solle. Viele erfahrene Bergarbeiter und Gewerkschafter, die darum gewusst hätten, seien deswegen nicht mehr zur gefährlichen Arbeit unter Tage motiviert gewesen. Deswegen habe man eine neue Generation von Immigranten angeworben, die in eine Situation eintraten, die bereits vom drohenden Niedergang des ganzen „Welt“ der Bergarbeiter geprägt war. Sie wurden nie in die Solidarität wirklich einbezogen.

Als erste Bergarbeitergeneration wurden sie nicht mit unbefristeten – in der Praxis oft lebenslangen – Arbeitsverträgen angeworben, sondern mit Zeitverträgen von 12 oder 18 Monaten Dauer. Die Aufenthaltserlaubnis war an das Bestehen des Arbeitsvertrags gekoppelt. 1980 streikten die marokkanischen Bergarbeiter erst in Lothringen, 950 an der Zahl, und dann mit über 3000 Teilnehmern im Nord-Pas de Calais für die Angleichung ihres Status an den aller übrigen Bergarbeiter. „Aber die französischen Gewerkschafter rührten sich nicht“, erzählt mir Abdarrahmane, der selbst dabei war und mit dem Fabrice mich zusammenbringt, in einer Wohnung in Lens. Als der „Sozialist“ François Mitterrand 1981 zum Präsidenten gewählt wurde, gab die französische Regierung in der Frage endlich nach. Aber zu Ende des Jahrzehnts begannen die Grubenschließungen und Stellenvernichtungen. Während die anderen Bergbauarbeiter in Frührente geschickt oder von anderen Arbeitgebern der Region – mit staatlichen Subventionen unterstützt – übernommen wurden, entließ man die Marokkaner oft zu ungünstigeren Konditionen. Viele wurden mit „Rückkehrverträgen“ in Richtung Marokko geködert. Andere weigerten sich, die Bedingungen anzunehmen. 48 „Rädelsführer“ wurden schließlich – im Gegensatz zu allen anderen Bergarbeitern – ohne soziale Abfederung und ohne Angebote entlassen, „um ein Exempel zu statuieren“. Abdarrahmane zählte zu ihnen. „Wir mussten uns auf eigene Faust durchwursteln. Jahrelang lebten meine Familie und ich für Kindergeld. Alles, was wir bekamen, war schlecht bezahlte mehrmonatige ‚Praktika‘. Unter diesen Bedingungen bauten meine Kollegen und ich Teile der TGV-(Schnellzug)Strecke von Paris nach Lille.“ Im örtlichen Bergbaumuseum in Lens taucht zwar das historische Gedächtnis der Arbeitsmigranten auf, aber die Geschichte der Marokkaner wird nicht erwähnt. Deswegen gehören sie in der kollektiven Erinnerung oft zur „Solidarität aller Arbeitsleute“ nicht mit dazu. Damals konnte das Gift des Rassismus in die offenen Flanken der Gewerkschaften geträufelt werden: Erstmals erschienen diese „ausländischen“ Arbeiter nicht als Kollegen, sondern in vielen Augen als Eindringlinge.

Bernard Schmid, Paris

BW: Abschaffung der Residenzpflicht

Die grün-rote baden-württembergische Landesregierung hat Mitte Februar eine Verordnung zur Lockerung der sogenannten Residenzpflicht beschlossen. Asylsuchende dürfen sich künftig im gesamten Bundesland frei bewegen. Damit folgt Baden-Württemberg dem Beispiel Brandenburgs und Berlins, die die Residenzpflicht bereits 2010 abgeschafft haben (vgl. MuB 10/09). Dort habe sich die neue Regelung bewährt. Die Ausländerbehörden hätten fast keines der befürchteten Probleme wie verstärktes Untertauchen, Straftaten oder verzögerte Asylverfahren mangels Erreichbarkeit gemeldet, erklärte eine Sprecherin der brandenburgischen Landesregierung. Ausgenommen von den Lockerungen werden Asylbewerber, die „erheblich gegen asylverfahrensrechtliche Mitwirkungspflichten verstoßen“ haben oder die „eine Straftat begangen haben“ oder dessen verdächtig sind.

Quelle: www.baden-württemberg.de ■

Widerrechtliche Abschiebung entlarvt Bekundungen des Innenministers als leere Phrasen

HANNOVER. Mit scharfer Kritik hat die DIE LINKE im Landtag auf die rechtswidrige Abschiebung eines jungen Armeniers aus dem Landkreis Göttingen reagiert. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der 27-jährige Student bereits am 28. März an seiner Arbeitsstelle verhaftet und trotz positiven Entscheids gegen die Abschiebung durch das Verwaltungsgericht Göttingen nach Armenien abgeschoben worden. „Es ist ein Skandal, dass wieder einmal ein bestens integrierter Mensch auf widerrechtliche Art und Weise aus Niedersachsen abgeschoben wurde. Die Praxis der Göttinger Ausländerbehörde ist empörend; sie ist auch eine Folge der unmenschlichen Flüchtlingspolitik des Innenministers. Er drängt die Behörden förmlich dazu, möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit abzuschieben“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann.

Der Armenier ist Student der Immobilienwirtschaft und hatte erst kürzlich seine deutsche Frau geheiratet. Da ihm der Abschiebetermin vorher nicht mitgeteilt wurde, hatte der Mann auch kaum mehr Möglichkeiten gegen das Verfahren rechtlich vorzugehen. „Mit dieser Abschiebung sind endgültig alle Bekundungen des Innenministers, eine humanere Flüchtlingspolitik vorzubereiten, als leere Phrasen entlarvt. Flüchtlingspolitik folgt in Niedersachsen weiterhin der Gesinnung Schünemanns und keinen rechtlichen und ethischen Ansprüchen“, so Zimmermann.

Quelle: DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag 11.04.2012 ■

Hansestadt Hamburg steigt bei KEIN MENSCH IST ILLEGAL ein

Euromayday und die medizinische Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen sprechen über die neue Clearingstelle Was 1994 konspirativ und als Mund zu Mund-Propaganda im WIR-Zentrum begann, wird heute Behördensache. Seit dem 13. Februar 2012 können sich Menschen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere in Hamburg leben und medizinische Hilfe benötigen, in der Clearingstelle im Flüchtlingszentrum in der Adenauerallee beraten lassen. Die Sozialbehörde hat diese Einrichtung zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren mit einem Notfallfonds von 500 000 € für medizinische Hilfen eröffnet.

15 Jahre nach der Gründung von *kein mensch ist illegal* auf der documenta und 3 Jahre nach der Studie „Leben ohne Papiere in Hamburg“ ist endlich was passiert bei den Behörden. Was passiert ist, ob die Beratungsstelle sich selbst überflüssig gemacht hat oder Rechtlosigkeit einfach nur noch ein soziales Problem ist, werden wir freundlich im Stil und neugierig in der Sache diskutieren.

Quelle: euromayday hamburg 04.04.2012 ■

Endlich: Der Roma-Pass kommt!

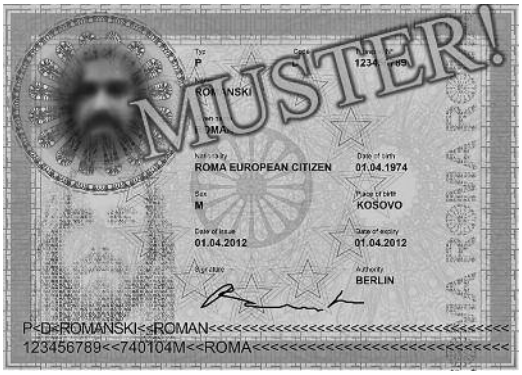
In Zuge der europäischen Romaintegrationsstrategie soll nun pünktlich ab dem 08.04.2012, dem internationalen Romatag, für die in Europa lebenden Roma, einen eigenen Reisepass eingeführt werden. Als größte Minderheit Europas, die Vielerorts Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt ist, sollen sie gemeinschaftlich, unabhängig von ihrem Herkunftsland als europäische Staatsbürger anerkannt werden und erhalten somit die Freiheit sich in ganz Europa nach Belieben zu bewegen und niederzulassen. Der Passinhaber wird dann von dem jeweiligen eingetragenen Aufenthaltsland einem Staatsbürger gleichgestellt, einschließlich einer uneingeschränkten Arbeitserlaubnis, Wahlrecht sowie Zugang zu Ausbildung, Kranken- Sozial- und Rentenversicherung.

Die Initiatoren aus EU-Parlament und internationalen Romaorganisationen erhoffen sich durch diese Maßnahme ein entdramatisieren der Missstände. Roma sind oft staatenlos oder Bürger 2. Klasse und haben keinen eigene Regierung, der ihre Interessen Vertritt oder verteidigt. So kommt es, dass sie schnell zur Zielscheibe nationalistischer Politik werden und zum „Problem“ erniedrigt von einem Ort zum nächsten vertrieben werden. Damit soll nun mit der Einführung des Passes endlich Schluss sein. Wer bleiben will soll dies ohne Zwang und Not tun dürfen, ebenso wie derjenige der gehen will.

Kritiker bemängeln, dass es sich bei dem Pass um eine Privilegierung der Roma gegenüber anderen Europäern handeln würde. Die ungarische Romarepräsentantin Avril Farka entgegnete hierzu, dass nach über 600 Jahren der Vertreibung und Ermordung von Roma dieser Schritt nicht nur angebracht, sondern einfach auch nötig sei. Zudem wachse Europa ohnehin immer mehr zusammen und eine europäische Staatsbürgerschaft wird es später vielleicht für alle hier lebenden Menschen geben. Solange können die tausenden von Deportation bedrohten Roma allerdings nicht warten.

Der Pass kann heute in jedem Einwohnermeldeamt beantragt werden und ist den ganzen 1. April lang gültig.

Quelle: news@alle-bleiben.info 01.04.2012 ■



Schweizer Weltwoche soll sich für populistische Hetze gegen Roma entschuldigen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verurteilt die Roma-feindliche Berichterstattung im Schweizer Wochenmagazin „Weltwoche“ vom letzten Donnerstag (05.04.2012) und fordert von Weltwoche-Chef Roger Köppel eine öffentliche Entschuldigung.

Die Weltwoche hatte am vergangenen Donnerstag ein Bild von einem Roma-Kind abgedruckt, das mit einer Pistole bedrohlich auf den Fotografen zielt, und dazu getitelt: „Die Roma kommen: Raubzüge in die Schweiz“. Als Untertitel wählte das Blatt: „Familienbetriebe des Verbrechens“. Zusammen mit dem entsprechenden Artikel von Philipp Gut und Kari Kälin wird ein erschreckend einseitiges Bild

der Roma vermittelt. Die GfbV kritisiert die journalistische Verantwortungslosigkeit der Weltwoche und warnt vor einer Zementierung bestehender Vorurteile sowie einer möglichen Zunahme rassistisch motivierter Übergriffe auf Angehörige dieser Volksgruppe. Sie ruft Weltwoche-Chef Roger Köppel deshalb zu einer öffentlichen Entschuldigung auf.

„Dass Roma als Sündenböcke für Probleme der Mehrheitsgesellschaft herhalten müssen, ist zwar nichts Neues. Doch die aktuelle Ausgabe der Weltwoche zeigt, dass Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung offenbar salonfähig werden“, gab die GfbV zu bedenken.In den meisten europäischen Ländern sind Roma so gut wie chancenlos. Sie leben oft segregiert von der Mehrheitsbevölkerung in Ghettos und ihr Bildungsniveau ist in der Regel niedrig. Die unzureichende Qualifikation der Roma und gegen sie gerichtete Diskriminierungen führen in Kombination zu Massenarbeitslosigkeit. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, sind in der EU im Rahmen der Roma-Dekade zur sozialen Integration gerade in den vergangenen Jahren umfangreiche Programme angelaufen, welche die gesellschaftliche Akzeptanz für Roma und ihren Einbezug in das politische und gesellschaftliche Leben verbessern sollen. Vorrangig ist dabei eine Sensibilisierung über Kultur und Geschichte der Roma, z.B. im Schulunterricht, in den Medien oder im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen. Der Artikel der Weltwoche steht in krassem Widerspruch zu diesen Bemühungen und dient kaum einer Verbesserung der von der Weltwoche angeprangerten Missstände.

Quelle: Pressemitteilung der Gesellschaft für bedrohte Völker Bern/Göttingen, 11. April 2012 ■

Flughafenasylverfahren abschaffen

Grüner Antrag „Flughafenasylverfahren abschaffen“ (Drs. 17-9174) Die erste Lesung wird am 26.4. 2012 stattfinden.

Seit seiner Einführung 1993 steht das für die Betroffenen extrem belastende und rechtsstaatlich höchst bedenkliche Flughafenverfahren in der Kritik von Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechtsorganisationen, in diesem Jahr zuletzt von UNHCR und DAV. Praktisch hat dieses deutsche Sonderverfahren an Bedeutung verloren; rechtlich ist es durch EU-Richtlinien als noch problematischer anzusehen. Dennoch sollen am Berliner Flughafen „BER“ aus durchsichtigen politischen Gründen in großem Stil Flughafenverfahren durchgeführt werden. Wir fordern daher die Abschaffung des rechtlich nicht haltbaren und nicht mehr zeitgemäßen Verfahrens. Deutscher Bundestag Drucksache 17/9174, 17. Wahlperiode 28.03.2012

Antrag

der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Memet Kilic, Cornelia Behm, Viola von Cramon-Taubadel, Kai Gehring, Ingrid Hönlinger, Jerzy Montag, Dr. Konstantin von Notz, Claudia Roth (Augsburg), Hans- Christian Ströbele, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Flughafenasylverfahren abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, 1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das in § 18a Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) vorgesehene Flughafenasylverfahren abgeschafft wird; 2. entsprechende Vorbehalte gegen die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Änderung der Aufnahmerichtlinie und der Verfahrensrichtlinie fallen zu lassen. Berlin, den 27. März 2012 Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Das Flughafenverfahren (§ 18a AsylVfG) kann insbesondere auf Asylsuchende angewendet werden, die bei ihrer Einreise am Flughafen Asyl beantragen und aus einem „sicheren Herkunftsstaat“ stammen oder keinen gültigen Reisepass besitzen. Die Asylsuchenden werden dann während des Asylverfahrens vor der Einreise auf dem Gelände des Flughafens im Transitbereich untergebracht. Über den Asylantrag soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) binnen zwei Tagen nach Ankunft entscheiden. Gegen eine negative Entscheidung des BAMF kann der Asylsuchende – in einer gegenüber dem regulären Asylverfahren nochmals verkürzten – Frist von nur drei Tagen das Verwaltungsgericht anrufen, das in einem Eilverfahren ohne mündliche Verhandlung entscheidet. Die sich daraus ergebende maximale Unterbringungsdauer am Flughafen von 19 Tagen wird in der Praxis allerdings häufig deutlich überschritten.

Quelle: josef.winkler.ma02@bundestag.de - flucht@asyl.org :30.03.2012 ■

Vorstände des kurdischen Dachverbands Yek-Kom ausgewiesen

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in der letzten Woche den unbefristeten Aufenthaltsstatus (die Niederlassungserlaubnis) des stellvertretenden Vorsitzenden des Dachverbands der kurdischen Vereine in Deutschland, Yek-Kom, Bahaddin Dogan, sowie des Mitglieds des Disziplinarrates des Dachverbandes, Ahmet Zeyrek, annulliert. Grundlage der Entscheidung ist § 54 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes. Vorerst müssen die seit Jahrzehnten im Asyl in der Bundesrepublik lebenden Politiker im Rahmen einer Residenz- und Meldepflicht zweimal in der Woche bei der Polizei Unterschriften leisten. Sie dürfen ihre Wohnorte nicht verlassen. Falls der juristische Widerspruch keinen Erfolg hat, wird beiden durch den Status einer Duldung eine dauerhafte Residenzpflicht auferlegt. Neben weiteren Nachteilen wird ihnen durch diese Maßnahmen u.a. die Grundlage für ein politisches Engagement und soziale Kontakte entzogen.

In § 54 Abs 5 heißt es: „Ein Ausländer wird in der Regel ausgewiesen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat (…)“

Die Arbeit des Dachverbandes Yek-Kom ist kultureller und menschenrechtlicher Art. Sie besteht hauptsächlich darin, sich um die sozialen und kulturellen Belange der in Deutschland lebenden KurdInnen zu kümmern und die politische Vertretung der MigrantInnen wahrzunehmen. Die beiden Mitglieder der Leitung von Yek-Kom aufgrund ihres Engagements für die Rechte der KurdInnen und einen Friedensdialog in der Türkei sowie der Teilnahme an Demonstrationen und damit der Unterstützung des Terrorismus zu bezichtigen, ist nicht hinnehmbar. Die Ausweisung von Bahhadin Dogan und Ahmet Zeyrek muss zurückgenommen werden. Die auf Betreiben des baden-württembergischen Verfassungsschutzes erteilte Ausweisung der Politiker soll deren legitime politische Arbeit verhindern.

Wir kritisieren das Vorgehen des Regierungspräsidiums aufs Schärfste. Gegen Bahaddin Dogan liegt in der Türkei ein Haftbefehl vor. Er hatte vor seiner Flucht beim Menschenrechtsverein IHD gearbeitet.

„Das Innenministerium von Baden Württemberg legt mit der Kriminalisierung einer Tätigkeit in legalen Kulturvereinen als ‚Unterstützung einer terroristischen Vereinigung‘ eine ähnliche Logik an den Tag, wie die türkische Regierung, die Tausende zivile kurdische Politiker wegen ihrer Menschenrechts- und Kommunalpolitik als ‚Terroristen‘ inhaftieren lässt. Das ist ein fatales Signal. Politiker sämtlicher Fraktionen des Europaparlaments sowie der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung haben kritisiert, dass diese KCK-Verfahren gegen kurdische Politiker von denjenigen Kräften umgesetzt werden, die eine friedliche Lösung der kurdischen Frage verhindern wollen“, so die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Ulla Jelpke.

„Es wäre wesentlich sinnvoller seitens der verantwortlichen Politiker und Juristen, die Kampagne des Dachverbandes Yek-Kom zur Anerkennung der kurdischen Identität in der Bundesrepublik zu unterstützen, statt diejenigen zu kriminalisieren, die für eine positive und selbst-

bewusste Integration der KurdInnen in die Gesellschaft wirken," fordert Barbara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion in Hessen.

Politischen Vertretern des kurdischen Dachverbands Yek-Kom den Aufenthaltsstatus in einer Zeit zu entziehen, in der die türkische Regierung, trotz vorherigen Friedensverhandlungen mit der PKK, die kurdische Frage mit Gewalt eskaliert und die gesamte türkische Gesellschaft nach dem autoritären Vorbild der Zeit nach dem Militärputsch 1980 strukturiert, ist mehr als zynisch. Anstatt die türkische Regierung unter Druck zu setzen, sich an Menschenrechte und das Völkerrecht zu halten und auf einen möglichen Friedensdialog mit der PKK hinzuarbeiten, unterstützen die deutschen Behörden die Politik der Gewalt der Regierung Erdogan durch die zunehmende Kriminalisierung der aktiven kurdischen MigrantInnen in Deutschland. Das ist eine Schande.

Erklärung von Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Partei die Linke

Hintergrund

Im Verlauf einer Anhörung im Bundestag am Freitag den 30. März ist deutlich geworden, dass die Situation in der Türkei bezüglich der Menschenrechte und der kurdischen Frage sich wieder den 1990er Jahren angleicht. Sämtliche ReferentInnen, darunter Vertreter der Alevitischen Gemeinde, GewerkschafterInnen und sozialistische und kurdische ParlamentarierInnen, skizzierten besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen und die, hinter vermeintlichen demokratischen Reformen kaschierte, auf Unterdrückung und Gewalt basierende Regierungspolitik der AKP.

Seit 2009 wurden 6500 kurdische PolitikerInnen, darunter 6 Abgeordnete, 31 BürgermeisterInnen und mehr als 100 StadträtInnen sowie 110 JournalistInnen inhaftiert. Im Jahr 2011 wurden 1555 Fälle von Folter sowie 1421 Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen angezeigt, jegliche Opposition kriminalisiert. Ende März tötete die türkische Polizei im Verlauf des Newrozfestes den Politiker der prokurdischen Demokratischen Friedenspartei BDP, Haci Zengin, mit einer Tränengasgranate. Der 10. Fall dieser Art seit 2009. Feiernde Menschen und mehrere Abgeordnete, darunter Ahmet Turk wurden mit Tränengasgranaten angegriffen und zum Teil brutal zusammengeschlagen.

Ebenfalls in Baden-Württemberg wurde dem kurdischen Politiker Muzzafer Ayata vor kurzem Politik- und Publikationsverbot erteilt. 6 kurdische Aktivisten befinden sich zurzeit aufgrund des §129b in Untersuchungshaft. Legitime politische Arbeit als Terrorismus zu definieren unterstützt im Fall der KurdInnen diejenigen Kräfte in der Türkei, die einen endlosen Krieg führen wollen. Ein Friedensdialog wird auf diese Weise durch die verfehlte strategisch-wirtschaftlich orientierte Politik der Landesregierung in Baden Württemberg und der Bundesregierung verhindert.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion Die Linke ■.

Flughafenaktionstag 30.3.2012

Hamburg Terminal I Abflug

2011 wurden 7917 Menschen mit dem Flugzeug aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschoben,
487 allein vom Hamburger Flughafen.

Zusätzlich gab es 2902 sogenannte „Überstellungen" nach dem Dublin II Abkommen,

380 von diesen Flüchtlingen waren Kinder und Jugendliche. Diese Regelung zwingt Flüchtlinge, in dem Land einen Asylantrag zu stellen, in das sie in die EU „eingereist" sind. Dorthin werden sie dann „überstellt"

Am 30.3.2012 haben wir am Hamburger Flughafen gegen all diese Formen von Abschiebung demonstriert.

Etwa 150 Menschen kamen um 18.00 Uhr in der Abflughalle des Terminal I zusammen, um die Fluggäste und das Flughafenpersonal auf diese skandalöse Praxis aufmerksam zu machen. Nach einem Urteil das Bundesverfassungsgerichts kann der Flughafenbetreiber oder die Polizei, Demonstrationen innerhalb des Flughafens nicht mehr verbieten.

Im Vorfeld versuchte die Polizei fernmündlich mit absurden Forderungen, wie etwa die Teilnemerinnenzahl auf 50 zu beschränken uns einzuschüchtern. Als das nicht funktionierte, stellten sie sich ganz kooperativ, um dann im Terminal ständig die Versammlungsleiter_innen zu drangsalieren. Sehr schön war auch die Ausage eines Beamten: „Sie dürfen aber keine Flugblätter an Passagiere verteilen."

Die hauseigene Security fiel auch eher durch aggressives Verhalten auf, einige mussten von ihren eigenen Leuten zurückgehalten werden. Direkt am Eingang postierten sich einige Stewardessen von „unfairberlin: Abschiebing ist zum Kotzen" und verteilten Kotztüten mit Flugtickets drin, die auf die Kollaboration von AIR BERLIN bei den Charter-Sammel-Abschiebungen der EU-Grenzschutz-Agentur FRONTEX aufmerksam machten.

Die EU Grenzschutzagentur FRONTEX chartert ganze Flugzeuge, samt Personal, Überflugrechte etc. um Menschen abzuschieben.

2012 wurden im Rahmen von sechs solchen Sammelabschiebungen 261 Menschen in den Kosovo und nach Serbien abgeschoben. Durchgeführt von AIR BERLIN, auch dieses Jahr fanden schon drei dieser FRONTEX-Abschiebungen mit AIR BERLIN statt, alle vom Flughafen Düsseldorf, wo für den 31.3. eine Sammelabschiebung mit AIR BERLIN nach Mazedonien gaplant war.

Allerdings haben sich letztes Jahr auch zwei Pilot_innen von AIR BERLIN geweigert die Sammelabschiebung durchzuführen und sie musste abgebrochen werden. – Geht doch!

Die Passagiere reagierten in der Mehrzahl recht positiv auf die informativen Spuckebeutel und Einige namen auch gerne ein paar mehr mit. Die meisten Flugreisenden wussten nicht , dass AIR BERLIN sich an sowas beteiligt und waren entsetzt.

Besonders beeindruckend war die Performance von den Flugbegleite_innen von NODEPORTATION AIRLINES, die den Passagieren die etwas anderen Sicherheitshinweise gaben. Was tun wenn in Ihrem Flugzeug Jemand nicht freiwillig reist. Aufstehen, nicht anschnallen und Andere auffordern, das Gleiche zu tun. … Damit zogen sie sich aber wohl den Zorn der Polizeibeamt_innen zu, denn als sie ihre Aufführung im Rahmen einer angemeldeten Demonstration zum Bundespolizeigebäude widerholen wollten, wurden sie von Polizeibeamt_innen angegriffen, mit Pfefferspray besprüht und eine Stewardess von NODEPORTATION AIRLINES zu Boden gerissen und festgenommen.Sie konnte erst Stunden später von einer Polizeiwache wieder abgeholt werden.

Eigentlich war neben der Kundgebung in der Abflughalle des Terminals I noch eine Demonstration mit Kundgebung vor dem Sitz der Bundespolizei geplant, da die Bundespolizei die Menschen die abgeschoben werden, ins Flugzeug zwingt und letztes Jahr über tausend mal mitgeflogen ist um „Widerstandshandlungen" wie sie es nennen, der „Abzuschiebenden" zu verhindern.Auch führt die Bundespolizei eigene Sammelabschiebungen durch, um möglichst unauffällig und ohne andere Passagiere, Menschen, die im Vorfeld klar zum Ausdruck gebracht haben, nicht fliegen zu wollen, abzuschieben. 2011 waren davon 220 Menschen betroffen.

Doch aufgrund des aggressiven und brutalen Umgangs der Polizei mit den Demonstrationsteilnemer_innen konnte die genemigte Kundgebung nicht durchgeführt werden. Um den Attakierten zu Hilfe zu kommen, schlossen wir uns wieder zu einem Demonstratioszug zusammen, der nach Erreichen des Terminals erneut von der Polizei mit Pfefferspray angegriffen wurde. …

Oben angekommen in der Abflughalle gingen die Povokationen dann weiter, und so beschlossen wir notgedrungen, die Kundgebung abzubrechen.

Tja das Recht auf Demonstration ist in Hamburg leider nicht viel wert. Die Hamburger Polizei dafür bekannt, agressiv und brutal zu sein.

Dafür waren die Flugreisenden aber sehr aufgeschlossen und die beteiligten Aktivist_innen alle sehr nett.

Quelle: Flüchtlingsrat Hamburg e.V. 02.04.2012 ■

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

(1993 bis 2011)

19. aktualisierte Auflage der Dokumentation

Inhalt und Schwerpunkt der Dokumentation sind verletzte oder tote Flüchtlinge, die ohne die rassistische Sondergesetzgebung der BRD oder den Rassismus der Gesellschaft unversehrt überlebt hätten. Die Dokumentation zeigt in über 6000 Einzelgeschehnissen die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die Betroffenen.

Die beschriebenen Einzelfälle machen deutlich, mit welcher Gewalt Angehörige von Behörden, Gerichten, Polizei, aber auch medizinisches Personal und sonstige Hilfskräfte agieren und mit wieviel Willkür und Menschenverachtung Flüchtlinge gequält, gedemütigt und sogar zum Suizid oder zu Selbstverletzungen getrieben werden. Erpressung, Schikanen und Betrug sowie Sippenhaftung, Familientrennungen oder Inhaftierung Minderjähriger sind einige Mittel des Staates und seiner willfährigen MitarbeiterInnen, um Flüchtlinge zur Ausreise zu zwingen.

Gnadenlos – Abschiebungen von Roma-Flüchtlingen

Das Ziel der Bundesregierung, alle geduldeten Roma-Flüchtlinge aus der BRD zu deportieren, wird auch im Jahre 2011 ungebremst verfolgt. Nach durchschnittlich eineinhalb Jahrzehnten Aufenthalt der Roma werden die Menschen mit Gewalt aus ihren Unterkünften abgeholt und im Zuge sogenannter Massenabschiebungen zu den Flughäfen gekarrt. Betroffen sind auch Schwerstkranke, chronisch Kranke Traumatisierte und Behinderte. Es werden Kinder aus ihren Schul- und Klassengemeinschaften gerissen und alte Menschen von ihren Söhnen, Töchtern und Enkelkindern getrennt. Die Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und auf eine positive Lebensperspektive nimmt durch die gewaltsame Abschiebung ein schockierendes Ende.

In den Kosovo deportierte Roma erwartet in den meisten Fällen im wahrsten Sinne des Wortes ein Leben am Rande der Müllkippe. Der Zugang zum örtlichen Arbeits- und Wohnungsmarkt ist ihnen in der Regel versperrt - eine öffentliche Krankenversicherung existiert nicht. 98 Prozent finden in dem von Massenarbeitslosigkeit geprägten Land keine Arbeit.

Massive Diskriminierungen, soziale Ausgrenzung und rassistisch motivierte Angriffe prägen ihren Alltag. Kinder befinden sich dabei in einer besonders verletzlichen Position. Sehr viele von ihnen – geboren und aufgewachsen in der BRD – sprechen weder Albanisch noch Serbisch. Drei von vier brechen nach der Abschiebung die Schule ab.

Kommentar der Bundesregierung zur Lebenssituation der Roma auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Sie habe bereits mehrfach dargelegt, „... dass ... in der Republik Kosovo keine unmittelbare Gefährdung mehr nur aufgrund der Zugehörigkeit einer Person zu einer bestimmten Volksgruppe besteht.“ (BT DS 17/3328).

Zynische Ignoranz angesichts der Realität und vieler Berichte von Menschenrechtsorganisationen und politisch fatal vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung, in der Deutschland gegenüber den Roma steht. Hunderttausende wurden Opfer der verheerenden NS-Vernichtungspolitik – unter ihnen viele auf dem Balkan.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2011.

• 182 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen,
• davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neiße ab und sind seither vermisst,
• 527 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 302 an den deutschen Ost-Grenzen,
• 164 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch,
• vor der Abschiebung zu fliehen, davon 64 Menschen in Abschiebehaft,
• 968 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen,
• davon befanden sich 571 Menschen in Abschiebehaft,
• 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
• 410 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt,
• 32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und
• 554 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr,
• 71 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,
• 13 Flüchtlinge starben bei abschiebeunabhängigen Polizeimaßnahmen,
• 9 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung,
• 447 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 140 Flüchtlinge in Haft.
• 70Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder durch Gefahren in den Lagern,
• 829 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,
• 18 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und
• 798 Flüchtlinge wurden durch Überfälle auf der Straße verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 405 Flüchtlinge ums Leben –
durch rassistische Übergriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben 88 Menschen.

Die Dokumentation umfasst zwei Hefte (DIN A4). Beide Hefte zusammen kosten 20 € plus 3,20 € Porto & Verpackung.
HEFT I (1993 – 2002) 10 € für 270 S. – HEFT II (2003 – 2011) 12 € für 306 S.- plus je 1,60 € Porto & Verpackung.
Bestellung: http://www.ari-berlin.org/doku/bestell.htm
ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V. - Dokumentationsstelle - Mariannenplatz 2 A – Haus Bethanien – Südflügel – 10997 Berlin
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Vorsicht, falsche Freunde!

Zuerst! 4/2012

Der Titel „Deutsche Medien als Kriegstreiber – Die neue Lust am Krieg“ könnte mit einigem Recht für die Überschrift einer Veröffentlichung aus dem Umkreis der Friedensbewegung gehalten werden. Ist er aber nicht – es handelt sich um die Schlagzeile der Aprilausgabe des rechts außen angesiedelten „deutschen Nachrichtenmagazins“ ZUERST!. Einerseits werden in den Beiträgen traditionelle Rechtsressentiments bedient: Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Relativierung der Naziverbrechen. Andererseits ist auch ein scheinbar neuer Zungenschlag des „Antiimperialismus“ zu erkennen, den es zu überprüfen und einzuordnen gilt.

„Die neue Lust am Krieg“ – unter dieser Überschrift beschäftigen sich MANUEL OCHSENREITER, DIRK REINARTZ und KATHARINA PRÖLL mit der Medienpropaganda gegen die syrische und die iranische Regierung und stellen fest: „Die gesamte deutsche Medienlandschaft – von links bis konservativ – scheint in diesen Tagen auf Krieg gebürstet. Kein Tag vergeht, an dem nicht vor der angeblichen Gefahr gewarnt wird, die vom Iran ausgeht. Doch Teheran ist nicht der einzige Schauplatz medialer Feldzüge. Auch gegen Syrien wird in den Kommentarspalten mobilisiert, deutsche Journalisten trommeln für militärische Operationen des Westens gegen Damaskus“. Dieser Feststellung ist kaum zu widersprechen genauso wenig wie der, über die Motive für den NATO-Überfall auf Serbien:

„Das westliche Militärbündnis hatte keine ‚moralischen‘ Motive, sondern stellte sich schlicht auf die Seite eines der Kontrahenten, weil das der Geostrategie des Westens, insbesondere der USA entsprach. Indirekt bestätigte das die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright, die als eine der treibenden Kräfte hinter dem Jugoslawienkrieg gilt. Vom Spiegel befragt, ob man die ‚moralischen Grundsätze‘ nicht auch in anderen Fällen wie z.B. in Ruanda hätte anwenden müssen, antwortete sie: „Wir können die Vorgänge auf dem Balkan nicht wie mit einer Blaupause auf andere Gegenden der Welt übertragen. (…) Wir müssen auch in unsere Entscheidungen einbeziehen, wie strategisch wichtig die entsprechende Region ist“.

So weit, so schlecht. Warum aber lehnt die rechteste Fraktion der deutschen politischen Landschaft, deren Sprachrohr ZUERST! sein möchte, die Kriegspolitik der NATO ab? Es geht um deutsche Interessen, genauer gesagt um die Interessen „deutscher“ Konzerne, die den Interessen der USA und ihrer Monopole entgegenstehen: „Bei einem Waffengang gegen Syrien oder den Iran gibt es für die Deutschen nichts zu gewinnen, sondern nur zu verlieren. Denn beide Länder schätzen deutsche Hochtechnologie ebenso sehr wie den kulturellen Austausch. Eine stabile Region läge im deutschen Interesse, denn nur politische Stabilität kann die Basis sein für gute Beziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Gegen die „deutschen Interessen“ diejenigen, die von den Nazis als angloamerikanisch-jüdische Plutokratie beschimpft wurden: „...der britisch-jüdische Journalist George Weidenfeld...“ und ihre deutsche Marionetten: „Chefredakteur der Welt ist übrigens Jan-Eric Peters, Stipendiat des German Marshall Fund of the United States, Arthur F. Burns-Fellow der Internationalen Journalisten-Programme. Er gehört seit 2005 als einziger deutscher Journalist zum Young Global Leader Forum des Weltwirtschaftsforum Davos“.

Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER bleibt es vorbehalten, im Interview auf einen zweiten Aspekt der angeblichen rechten Friedenspolitik aufmerksam zu machen: der Rehabilitierung, zumindest aber der Relativierung des deutschen Faschismus. „Der `Antifaschismus´ hat nicht weniger Leid über die Menschheit gebracht, als der Faschismus. Die Behauptung für das Gute und gegen den Teufel zu kämpfen, hat immer wieder die Lust am Krieg geweckt und mörderische Energien freigesetzt. Die offiziellen Sieger wurden zu moralischen Verlierern. So die USA in Hiroshima, beim alliierten Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung oder jetzt im Irak und in Afghanistan, wo `für westliche Werte´ hunderttausende geopfert wurden“.

… In welche Richtung die geostrategischen Überlegungendie der ZUERST!-Macher gehen, deutet Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER bereits in seinem Editorial an: „Warum ist Putin so verhaßt bei bundesdeutschen Berichterstattern? Vor zwölf Jahren hat er ein Land als Präsident übernommen, das am Boden lag. Superreiche und Schwerstkriminelle, sogenannte ‚Oligarchen‘, hatten den nationalen Reichtum Rußlands unter sich aufgeteilt. Putins Amtsvorgänger Boris Jelzin ließ sie gewähren, während die Bevölkerung verarmte. In Washington war man über die Selbstdemontage Rußlands alles andere als traurig…. Doch Rußland und die deutsch-russische Zusammenarbeit sind viel zu wichtig, um ihre Bewertung politischen Dilettanten zu überlassen“.

XAVER WARNKE macht seinen Leser(inne)n die rechte Ostoption, die in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts von den sogenannten Nationalbolschewisten um Ernst Niekisch (die ihrer Bezeichnung zum Trotz alles andere als Linke waren) entwickelt wurde, am deutsch-russischen Vertrag von Rapallo, dessen Unterzeichnung in diesem Jahr zum 90. Mal jährt, schmackhaft: „Dabei lag ein deutsch-russisches Zusammengehen – im Übrigen nicht zum ersten Mal in der Geschichte – durchaus im Interesse beider Partner…. Der Rapallo-Vertrag ist bis heute ein Trauma des Westens, ein Zusammengehen Deutschlands und Rußlands noch heute der Alptraum der westlichen Geopolitiker…. Seine Neuauflage wäre längst überfällig“.

Warum eine solche Option für die Friedensbewegung, für Linke und Antifaschist(inn)en keine ist, wird aus Warnkes Ausführungen über die konkreten „Vorteile“ des Vertrages deutlich: Hintergrund war, daß Deutschland als Folge des Versailler Diktats keine moderne Waffen besitzen durfte, insbesondere keine Panzer und Flugzeuge. Unter Umgehung dieser Bestimmungen konnte die Reichswehr ihr Personal nun in den Tiefen des Sowjetreiches ausbilden und auch das Material dort erproben – ohne französische Kontrolleure. Immerhin rund 120 deutsche Flieger, 100 Luftbeobachter und zahlreiches Bodenpersonal wurden so bis 1933 in Lipezk ausgebildet“. Es fragt sich, wie viele dieser Spezialisten am Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion und davor auf zahlreiche andere Länder Ost- und Westeuropas teilnahmen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507